

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 173

September 2008

€ 0,50

Großmachtduell in Georgien US/NATO-Säbelrasseln gegen Russland



AP



Reuters

Links: Durch georgischen Beschuss der südossetischen Hauptstadt Zchinwali zerstörtes Krankenhaus. Rechts: Russische Truppen erreichen die kleine Provinz Abchasien, die sich von Georgien losrennen will, 10. August

In der Nacht zum 8. August befahl die georgische Regierung unter Michail Saakaschwili ihrer von den USA

bewaffneten und ausgebildeten Armee, in Südossetien einzumarschieren, einer kleinen, ethnisch eigenständigen Provinz, die sich vor über 15 Jahren unter russischem Schutz praktisch von Georgien losgesagt hatte. Am nächsten Tag führte Russland einen Gegenangriff durch, überrollte Zentralgeorgien und näherte sich dessen Hauptstadt Tiflis bis auf 40 km und demonstrierte so seine Absicht, sich wieder als die dominierende Macht in der Region zu etablieren. Die russischen Streitkräfte haben sich jetzt bis auf eine Pufferzone um das Gebiet von Südossetien zurückgezogen und bekräftigten ihre Absicht, eine dauerhafte Präsenz von „Friedenstruppen“

Russische, georgische Arbeiter: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

in der Provinz aufrechtzuerhalten.

Der Konflikt zwischen Russland und Georgien, letzteres unterstützt

von den USA, ist nichts weiter als reine Machtpolitik auf beiden Seiten. Somit ist unsere Position revolutionärer Defätismus: Die Klasseninteressen der Arbeiter Georgiens und Russlands liegen im Kampf für den Sturz ihrer jeweiligen kapitalistischen Herrscher durch sozialistische Revolution. Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Keinesfalls ähnelt der Konflikt in Georgien der russischen Invasion Tschetscheniens 1994 und dann wieder, nach mehreren Jahren tatsächlicher tschetschenischer Unabhängigkeit, Ende 1999. In diesen beiden Fällen intervenierten die

Fortgesetzt auf Seite 17

US-Basen raus aus Osteuropa, Zentralasien, Nahost! Bundeswehr raus aus Afghanistan, Balkan!

Drittes US-Bundesberufungsgericht verweigert Berufung

Freiheit für Mumia, sofort!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 918, 1. August 2008, Zeitung der Spartacist League/U.S.

Am 22. Juli haben die Richter des Dritten Bundesberufungsgerichts der USA eine aus zwei Sätzen bestehende Entscheidung veröffentlicht, worin sie sich weigern, einen Antrag zu verhandeln, den Mumias Anwälte weniger als einen Monat zuvor am 27. Juni eingereicht hatten. Dieser Antrag, der sich auf die rassistische Manipulation der Geschworenenwahl in Mumias Prozess von 1982 konzentrierte, ersuchte darum, dass das gesamte Gericht die Entscheidung überprüft, die ein Ausschuss von drei Richtern am 27. März fällte. Diese Entscheidung hielt Mumias abgekartete Verurteilung aufrecht und verdammt diesen Kämpfer für die Freiheit der Schwarzen entweder zu lebenslanger Haft oder zu einer neuen Anhörung zum Strafmaß, bei der auch die Todesstrafe wieder eingesetzt werden könnte (siehe auch „Free Mumia Abu-Jamal Now! New Legal Papers Filed“ [Freiheit für Mumia Abu-Jamal, sofort! Neue Unterlagen ans Gericht übergeben], *Workers Vanguard* Nr. 917, 4. Juli). Der Ausschuss von drei Richtern hatte eine Entscheidung des Bundesrichters William Yohn vom Dezember 2001 aufrechterhalten, der Mumias Todesurteil aufhob, während er gleichzeitig dessen abgekartete Verurteilung aufrechterhielt. Robert Bryan, Mumias Hauptverteidiger, kündigte an, dass er einen Antrag zur Prüfung durch das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten einreichen würde – die letzte rechtliche Möglichkeit, die Mumia noch bleibt. Die Staatsanwaltschaft von Philadelphia, die vorher angekündigt hatte, dass sie versuchen würde die Todesstrafe wieder einzusetzen, erklärte kürzlich, dass sie unentschieden sei.

Weil Mumia in seiner Jugend ein Sprecher für die Black

Panther Party war, danach ein preisgekrönter Journalist, bekannt als die „Stimme der Entrechteten“, und weil er ein Unterstützer der MOVE-Organisation in Philadelphia war, wurde ihm der Mord am Polizisten Daniel Faulkner in Philadelphia 1981 angehängt, und er wurde ausdrücklich wegen seiner politischen Ansichten zum Tode verurteilt. Seit 26 Jahren wollen die Bullen, die Staatsanwälte, bürgerliche Politiker und deren Schakale in den Medien Mumias Blut sehen, weil sie in Mumia eine Stimme des ungebrochenen Widerstandes gegen alle Formen rassistischer Diskriminierung und das Gespenst der Revolte der Schwarzen sehen.

Dass die Gerichte erneut Amerikas berühmtestem Klassenkriegsgefangenen Gerechtigkeit verwehren würden, war jedem klar, der sehen wollte. Ein Gericht nach dem anderen weigerte sich, den Berg an Beweismaterial für Mumias Unschuld auch nur zu berücksichtigen, einschließlich des Geständnisses von Arnold Beverly, dass er, nicht Mumia, den Polizisten Faulkner erschoss. Dieselben Gerichte haben wiederholt ihre eigenen Präzedenzfälle und Regeln zugunsten von speziellen „Mumia-Regeln“ verworfen, um diese „Stimme der Entrechteten“ in der Gefängnishölle festzuhalten.

Die Batson-Entscheidung des Obersten Gerichts von 1986, die den Ausschluss von Geschworenen auf der Grundlage ihrer Rasse verbietet, wurde verhöhnt, als das Dritte Bundesberufungsgericht am 27. März das überwältigende Beweismaterial für die rassistische Beeinflussung der Zusammensetzung der Geschworenen in Mumias Prozess von 1982 abwies. Damals nutzte die Staatsanwaltschaft 11 ihrer 15 Möglichkeiten, Geschworene ohne Angabe von Gründen abzulehnen, um schwarze Geschworene loszuwerden. Indem das Dritte Bundesberufungsgericht eine neue, den Argu-



COC Productions

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 8. September 2008

Nr. 173

September 2008

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

menten der Staatsanwaltschaft entnommene Regel verkündete, bestimmte seine Entscheidung, dass Mumias Begehren zurückgewiesen werden muss, weil er und seine Anwälte es versäumten, Beweise für die rassische Zusammensetzung des gesamten zur Auswahl stehenden Pools von möglichen Geschworenen für diesen Prozess zu erbringen. Der Journalist Linn Washington aus Philadelphia erfasste das kafkaeske Wesen der Gerichtsentscheidung: „Diese ursprüngliche Ablehnung zum Beispiel legte Abu-Jamals Prozessverteidiger von 1982 zur Last, dass er nicht juristische Standards befolgte, die das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten erst 1986 schuf – also ganze vier Jahre nach dem Prozess. Diese Ablehnung legte Abu-Jamals Anwälten von 1995 zur Last, dass sie bestimmte Beweise für die Diskriminierung bei der Geschworenenauswahl nicht vorlegten, woran sie der Anhö- rungsrichter 1995 hinderte, bis hin zur kurzzeitigen Verhaf- tung einer Anwältin, die Einspruch gegen diese Behinderung seitens des Richters erhob“ (*CounterPunch*, 26./27. Juli). Tatsächlich unterdrückte der Richter Albert Sabo eine Vor- ladung des Geschworenen-Beauftragten des Bezirks Phila- delphia und verwarf einen Antrag zur Feststellung der Namen, Adressen und der Rasse eines jeden Mitglieds des Geschworenen-Pools für Mumias Prozess von 1982. Die Anwältin, die verhaftet wurde, war Rachel Wolkenstein, Anwältin des Partisan Defense Committee und von 1995 bis 1999 Mitglied von Mumias Rechtsverteidigungsteam. Zu- sammen mit Jonathan Piper, einem weiteren mit dem PDC verbundenen Anwalt, trat Wolkenstein aus dem Verteidi- gungsteam aus, als der damalige Hauptverteidiger Leonard Weinglass das Beverly-Geständnis unterdrückte.

Seitdem das Partisan Defense Committee – eine mit der Spartacist League verbundene klassenkämpferische, nicht- sektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Ver- teidigung [Schwesterorganisation in Deutschland ist das Ko- mitee für soziale Verteidigung, KfsV, verbunden mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, SpAD] – und die SL 1987 Mumias Fall aufgriffen, traten wir dafür ein, alle mög- lichen rechtlichen Mittel auszuschöpfen. Gleichzeitig haben wir immer gegen jegliche Illusionen in die Gerichte des kapi- talistischen Klassenfeindes gekämpft. Wir bestanden darauf, dass die Gerichte nur reagieren würden, wenn sie fürchteten, dass eine Hinrichtung oder lebenslange Haft Mumias einen zu hohen Preis in der Form von sozialem und Klassenkampf bedeuten würde. Die Macht, die die Gerichte zum Nachgeben zwingen kann, ist die Macht der multirassischen Arbeiterklas-

se, die unabhängig vom kapitalistischen Staat und in Opposi- tion zu ihm und seinen politischen Vertretern – ob Demokra- ten, Republikaner oder Grüne – mobilisiert werden muss.

Dieses Programm der klassenkämpferischen Verteidigung ist diametral dem der Liberalen und Reformisten entgegen- gesetzt, die die gefährliche Illusion verbreiten, dass die Ge- richte Mumia Gerechtigkeit gewähren könnten. Diese Illusionen finden ihren Ausdruck in der Unterordnung der Forderung für Mumias Freiheit unter den Ruf nach einem „neuen Verfahren“. Dies wurde viele Jahre lang von der Wor- kers World Party (WWP), der International Socialist Organi- zation (ISO), Socialist Action, der International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal (ICCFMAJ), ge- führt von Pam Africa, und der Mobilization to Free Mumia Abu-Jamal in San Francisco, geführt vom Obermacker Jeff Mackler von Socialist Action, verbreitet und spielte eine Schlüsselrolle bei der Demobilisierung dessen, was einst eine Massenbewegung war. Warum sollte man auch auf der Straße oder in Gewerkschaften mobilisieren, wenn Mumia Gerech- tigkeit von den Gerichten erlangen kann?

Obwohl diese Gruppen vorerst ihre Plakate für ein „neues Verfahren“ in die Ecke gestellt haben mögen, sind sie den- noch nicht weniger unterwürfig, was ihr Vertrauen auf den kapitalistischen Staat und dessen politische Vertreter angeht. Das kann man an ihren Bemühungen für die diesjährigen Präsidentschaftswahlen erkennen, die darauf zielen, die De- mokraten zum „Kämpfen“ zu bringen, um den Posten des Oberbefehlshabers des US-Imperialismus zu übernehmen. Obwohl sie nicht ganz so weit gingen, Barack Obama – einen Befürworter der Todesstrafe und scharfen Kritiker der kürz- lichen Entscheidung des Obersten Gerichts der USA, Hin- richtungen wegen Kindesvergewaltigung zu verbieten – direkt zu unterstützen, hat eine ganze Reihe von Reformisten versucht, auf seine Kampagne durch diese oder jene List Druck auszuüben. Dazu gehört auch die Unterstützung von Cynthia McKinney, der Präsidentschaftskandidatin der kapi- talistischen Grünen Partei. Am Vorabend der Vorwahlen der Demokraten in Pennsylvania und der Demonstration in Phi- ladelphia vom 19. April, zu der die ICCFMAJ aufgerufen hatte, veröffentlichte ein Vertreter der New York Coalition to Free Mumia Abu-Jamal eine undatierte Erklärung mit dem Titel „No Justice, No Peace“ [Keine Gerechtigkeit, kein Frie- den], die krass die Logik hinter den Illusionen zum Ausdruck brachte, die von Reformisten wie Workers World geschürt werden: „Sowohl Hillary Rodham Clinton als auch Barack

Spartakist-Abokampagne 2008

Quoten der Abokampagne 2008

Berlin	110
Hamburg	100
Auf Entfernung	10
Gesamt	220

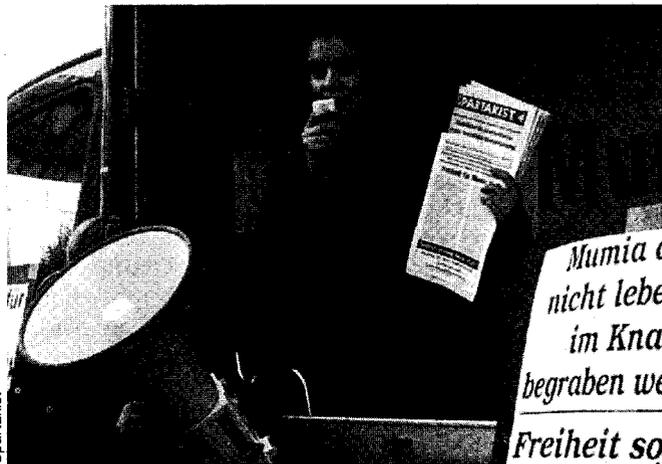
- Jahresabo: € 4,-
 - Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____



Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Obama unterstützen die Todesstrafe, obwohl sie wissen, dass das System nicht perfekt ist und nicht von Gewaltverbrechen abschreckt. Schauen wir mal, wo sie bezüglich Mumia Abu-Jamals stehen, der keine gewalttätige Vergangenheit hatte; tatsächlich ist es genau anders herum, wie ihr ja schon wisst. Es ist nicht zu spät, sie zu zwingen, Mumia und all den anderen politischen Gefangenen, die im Gefängnis verrotten, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.“

Inzwischen hat Workers World Cynthia McKinney unterstützt, die sich für Mumia Abu-Jamal ausgesprochen hatte. Vielen Jugendlichen, Schwarzen und anderen erscheint McKinney als eine radikale Alternative zu Obama. Doch ungeachtet all ihrer Behauptungen, sie sei „unabhängig“ von den Demokraten, veröffentlichte McKinney, die selbst jahrelang schwarze Politikerin der Demokratischen Partei war, eine Glückwunsch-Botschaft an Obama, nachdem Clinton ihr Ausscheiden aus den Vorwahlen bekannt gab. McKinney erklärte: „Aus dem Munde von Barack Obama klang das Wort ‚Veränderung‘ nicht einfach wie eine weitere hohle Wahlkampflosung. Es spornte Millionen von Menschen – hauptsächlich junge Menschen – an, sich als Wähler registrieren zu lassen und im politischen System aktiv zu werden.“ Die Funktion der Grünen ist, Leute für die Demokraten zu ködern, und McKinney ist eine *kapitalistische Politikerin*. Wie wir in „For a Workers Party to Fight for a Workers Government!“ [Für eine Arbeiterpartei, um für eine Arbeiterregierung zu kämpfen!] (WW Nr. 917, 4. Juli) schrieben:

„Eine Stimme selbst für den linkensten bürgerlichen Kandidaten ist in der Tat eine Stimme des Vertrauens in die Reformierbarkeit des Kapitalismus und eine Stimme gegen die Notwendigkeit einer Arbeiterpartei und der sozialistischen Revolution. Es ist eine Stimme für das Fortbestehen eines brutalen Systems, das auf Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg basiert. Für die WWP und ihresgleichen ist das kein Problem; heute begeistert sich die WWP für McKinney, während sie in der Vergangenheit den Demokraten Jesse Jackson im Jahr 1988 unterstützte sowie andere schwarze Demokraten, einschließlich der damaligen Demokratinnen McKinney im Jahr 2004 und Charles Barron, Mitglied des New York City Council, im Jahr 2006.“

Sofort nach der Entscheidung des Dritten Bundesberufungsgerichtes vom 27. März hielten das PDC und seine internationalen Schwesterorganisationen Notfallproteste ab. Das PDC rief auch zu internationalen Einheitsfrontprotesten auf, unter den Losungen: „Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Freiheit für Mumia, sofort! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ Im April wurden in Oakland, London, Toronto, Sydney, Chicago, Los Angeles und Mexiko-Stadt Proteste abgehalten. Diese Proteste brachten Individuen und Organisationen zusammen, die unterschiedliche politische Ansichten vertraten – Gewerkschafter, Antirassisten, Todesstrafen-Gegner, Aktivisten für die Rechte von Homosexuellen, Linke und andere – vereint im Kampf für Mumias Freiheit. Grundlegend für diese Einheitsfrontproteste war das Verständnis, dass sich der Kampf für Mumias Freiheit auf die Tatsache stützen muss, dass er unschuldig ist – das Opfer eines rassistischen politischen Komplotts.

Das PDC und seine Schwesterorganisationen organisierten auch international klassenkämpferische Kontingente in einer Reihe von Protesten, zu denen andere Gruppen aufgerufen hatten. Die Kontingente drückten unser Verständnis aus, dass die Arbeiterklasse mobilisiert werden muss, um für Mumias Freiheit zu kämpfen, und zwar ohne jegliche Illusionen in die „Gerechtigkeit“ der kapitalistischen Gerichte. Zusätzlich zu den Einheitsfrontlosungen marschierten diese Kontingente unter den Losungen: „Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten! Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse – für Massenproteste!“ (siehe auch „Protests Demand: Free Mumia Now!“, WW Nr. 914, 9. Mai

[oder: „Internationale Proteste fordern: Mumia muss jetzt freikommen!“; Spartakist Nr. 171, Mai 2008]).

Unser Kampf für Mumias Freiheit ist Teil unseres Kampfes gegen die Unterdrückung der Schwarzen, die im amerikanischen Kapitalismus verwurzelt ist. Die brutale staatliche Repression gegen militante Schwarze soll nicht nur Kämpfer für die Rechte der Schwarzen terrorisieren, sondern all jene, die gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen könnten. Die Rassentrennung, Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und damit einhergehende Einkerkung von Massen schwarzer Jugendlicher bilden einen Keil, der die Arbeiterklasse gespalten halten soll. Der Kampf gegen rassistische Unterdrückung und zur Verteidigung der Gefangenen des Klassenkriegs wie Mumia ist Bestandteil des Kampfes für die Einheit der multirassischen Arbeiterklasse gegen ihren kapitalistischen Klassenfeind.

Die Schlacht für Mumias Freiheit trifft den Kern des rassistischen amerikanischen Kapitalismus und seines Staats. Wir kämpfen für Mumias Freiheit als Teil unseres Kampfes für die Befreiung der Schwarzen, basierend auf dem Programm des revolutionären Integrationismus. Wir kämpfen gegen jede Erscheinung von rassistischer Unterdrückung – ein Kampf, der nur siegreich sein kann durch die volle soziale, politische und ökonomische Integration von Schwarzen in einer egalitären *sozialistischen* Gesellschaft. Die doppelt unterdrückten schwarzen Arbeiter werden, wenn sie für ein revolutionäres Programm gewonnen sind, eine führende Rolle spielen im Kampf für die Emanzipation der schwarzen Massen und aller arbeitenden Menschen durch die Beseitigung des gesamten Systems der kapitalistischen Ausbeutung. Wie wir in dem Dokument „Black and Red – Class Struggle Road to Negro Freedom“ [Schwarz und Rot – der klassenkämpferische Weg zur Befreiung der Schwarzen] darlegten, das auf der Gründungskonferenz der Spartacist League/U.S. im Jahr 1966 angenommen wurde:

„Der Kampf der schwarzen Menschen dieses Landes für Freiheit ist zwar Teil des Kampfes der gesamten Arbeiterklasse, aber dennoch mehr als nur jener Kampf. Die Schwarzen sind eine unterdrückte, durch Rasse und Hautfarbe definierte Kaste, die hauptsächlich die am meisten ausgebeuteten Schichten der amerikanischen Arbeiterklasse umfasst... Wegen ihrer Lage als unterdrücktester und gleichzeitig bewusstester und erfahrenster Teil [der Arbeiterklasse], werden revolutionäre schwarze Arbeiter eine herausragende Rolle in der kommenden amerikanischen Revolution spielen.“

Die Zeit ist knapp. Mumia hat fast das Ende des Rechtswegs erreicht, und es gibt keinen Grund zu glauben, dass er vor dem Obersten Gericht der Vereinigten Staaten, das aus Befürwortern einer neuen Rassentrennung besteht, ein besseres Ergebnis erreichen kann. Der Kampf für Mumias Freiheit verkörpert den Kampf gegen dieses System von kapitalistischer Ausbeutung und rassistischer Unterdrückung. Das unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die soziale Macht der Arbeiter für seine Verteidigung zu mobilisieren. **Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Freiheit für Mumia, sofort! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!** ■

Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung

wird sehr dringend gebraucht! Spendet noch heute an „National Lawyers Guild Foundation“ (Stichwort „Mumia“), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159. Oder überweist an: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Mumia-Rechtsverteidigung“. Spenden an das KfsV, die mit „Mumia-Rechtsverteidigung“ gekennzeichnet sind, sowie Sammlungen des KfsV für Mumias rechtliche Verteidigung werden quittiert und ohne Abzüge an das NLGF-Konto geschickt, das von Mumias Rechtsanwalt zu diesem Zweck bestimmt wurde.

Brief: Das Ungenießbare verteidigt das Unbeschreibliche

Der nachfolgende Brief wurde zuerst in Workers Vanguard Nr. 913 (25. April 2008) veröffentlicht.

11. April 2008

Liebe Genossen,

die Internationale Bolschewistische Tendenz (BT) konnte in ihrem reichhaltigen Lügenarsenal gegen unsere Organisation offensichtlich nicht genügend Munition finden, um auf *The Logan Dossier* zu antworten, in dem die erwiesenermaßen nur allzu wahren Verbrechen des internationalen BT-Führers Bill Logan gründlich dokumentiert sind. Durch einstimmigen Beschluss der Delegierten unserer ersten internationalen Konferenz wurde Logan 1979 aus unserer internationalen Tendenz ausgeschlossen als ein „erwiesenermaßen massiver Lügner und sexueller Soziopath, der das Privatleben von Genossen manipulierte aus Gründen der Machtpolitik und seiner eigenen anomalen Gelüste und Zwangsvorstellungen, das Ganze verkleidet als Marxismus“. *Dreißig Jahre danach* kommt die BT jetzt mit der Anklage, dass es „in dem Antrag, der Bills Ausschluss motivierte, eindeutig einen Hauch von Homophobie“ gegeben habe! Diese böswillige ganz neue Erfindung steht in der Einleitung zum BT-Artikel „On the Logan Show Trial“ [Über den Logan-Schauprozess]. Sie dient dem nicht so subtilen Zweck, gezielt davon abzulenken, dass die BT auf das massenhafte Beweismaterial für die grausamen, sadistischen und kultähnlichen Praktiken, die Logan Mitte der 70er-Jahre als nationaler Vorsitzender unserer australischen Sektion ausübte und die in dem fast 200 Seiten umfassenden Logan-Dossier zusammengestellt sind, ganz bewusst nicht eingeht.

Die Beschuldigung, wir seien „homophob“, wird sicherlich ein Schock sein für die Gefühle derjenigen Linken, Feministen und anderen, die uns wegen unserer direkten und recht grundlegenden Opposition gegen die Einmischung des kapitalistischen Staates in einvernehmliche sexuelle Beziehungen jedweder Art als „Kinderschänder“ und Schlimmeres verleumdet haben. Dass die BT „anomale Gelüste und Zwangsvorstellungen“ mit Homosexualität in Verbindung bringt, sagt schon einiges über ihre eigene Haltung zur Homosexualität. Dazu passt auch die verächtliche Gleichgültigkeit dieses Vereins gegenüber dem Kampf gegen besondere Unterdrückung, von seiner höhnischen Anprangerung einer Gedenkveranstaltung, die wir 1985 für die Überlebenden des Bombenangriffs der Polizei und des FBI auf die MOVE-Organisation in Philadelphia organisierten — elf Schwarze wurden getötet, darunter fünf Kinder —, bis zu seiner von kanadischem Ahornblatt-Chauvinismus triebenden Opposition gegen die Unabhängigkeit von Quebec.

Unsere Verteidigung der vom bürgerlichen Staat Verfolgten, zu denen auch die North American Man/Boy Love Association gehört, bringt unsere kommunistische Zielsetzung zum Ausdruck. 1977 führte die Spartacist League/U.S. eine einzigartige Fusion mit der Red Flag Union durch, einem Kollektiv, das sich aus dem neulinken Schwulensbefreiungsmilieu entwickelt hatte; und Anfang der 70er-Jahre wurden eine Reihe von Aktivistinnen der East Oakland Women sowie andere auf dem linken Flügel der feministischen Frauenbewegung für unser kommunistisches Programm der Frauenbefreiung gewonnen.

Bill Logan wurde ausgeschlossen, weil er die Antithese all dessen war, was für die befreienden Ziele des Kommunismus wesentlich ist. So schrieben wir im Vorwort zum Logan-Dos-

sier (abgedruckt in *Spartakist* Nr. 169, Winter 2007/2008):

„Wir streben nach einer Gesellschaft, in der alle Formen von sozialer Unterdrückung, Ausbeutung und Erniedrigung – die verzerrten Nebenprodukte materiellen Mangels – der Vergangenheit angehören. Zu diesem Zweck wollen wir dem Proletariat – obwohl es von der deformierenden kapitalistischen Klassenherrschaft geprägt ist – seine historische Rolle als Totengräber des kapitalistischen Systems, und der Klassengesellschaft insgesamt, bewusst machen. Machtpolitik, Verlogenheit und sexuelle Manipulation sind die Antithese dazu. Die leninistische Partei beansprucht ein Monopol auf die *politischen* Aktivitäten derjenigen, die sich unserer Bewegung anschließen. Umso stärker ziehen wir eine klare Grenze gegen Einmischung ins persönliche Leben von Genossen. Getrieben durch das Streben nach Macht und Kontrolle war Logan ein bössartiger Strippenzieher, der sadistisch zerstörerisch auf das persönliche Leben von Menschen einwirkte – indem er Menschen dazu brachte, zusammen zu leben, die das nicht wollten; indem er Menschen, die zusammen leben wollten, zur Trennung trieb. In unserer Bewegung ist kein Platz für Gestalten wie William King Logan.“

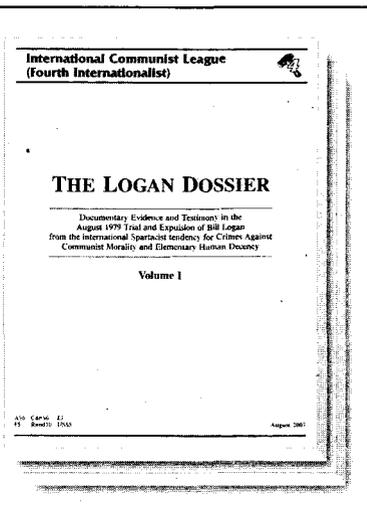
Zum Zeitpunkt von Logans Prozess hatte oder erweckte niemand, auch Logan selbst nicht, irgendwie den Eindruck, dass Logan schwul sei. Im Gegenteil, von ihrer Erscheinung und Einstellung her waren er und seine Partnerin Adaire der Inbegriff von pruden, verklemmten presbyterianischen Missionaren, ganz wie in dem Gemälde „American Gothic“. In der Praxis brachte Logan seine verdrehte und perverse *sexualfeindliche* Pathologie zum Ausdruck durch seine „Parole“ für die Mitgliedschaft: „Näht ihnen die F... zu, schneidet ihnen die Eier ab!“ Kaum die Worte eines Verfechters der sexuellen Befreiung! Im Gegenteil, Sex war für Logan eine Macht, die er ausüben konnte, um alles unter seiner Kontrolle zu haben. Die intimsten Einzelheiten im persönlichen Leben von Genossen wurden manipuliert: Logan hat unter dem Deckmantel des „Parteiaufbaus“ Paare auseinandergerissen oder sexuelle Beziehungen zusammengefügt. Kinder waren verboten, Sterilisation und Abtreibung wurden von Logan als Parteipflicht hochgehalten. Eine junge Genossin hat er in sadistischer Weise unter Druck gesetzt, damit sie eine Abtreibung durchführt und dann, als es dazu nicht kam, ihr Kind zur Adoption freigibt; so trieb er sie zu einem Selbstmordversuch.

Das Logan-Dossier

Dokumentarisches Beweismaterial und Zeugenaussagen zum Prozess vom August 1979 und zum Ausschluss von Bill Logan aus der internationalen Spartacist-Tendenz wegen seiner Verbrechen gegen kommunistische Moral und gegen grundlegenden menschlichen Anstand

189 Seiten in 2 Bänden – jeder Band: € 5,-

Zu beziehen über die Verlagsanschrift.



Zwar gibt die BT zu, dass von Logan vielleicht Brutalität und sogar krasse Misshandlungen ausgingen, aber sie versucht weiterhin seine unbeschreiblichen Verbrechen damit abzutun, dass diese lediglich eine Erweiterung unserer organisatorischen Praktiken gewesen seien. In Wirklichkeit haben wir seit den ersten Tagen unserer Organisation eine harte Linie gezogen gegen die Einmischung der Partei in das persönliche Leben von Genossen, und zwar nach einer Auseinandersetzung mit einigen Genossen unserer Ortsgruppe in der Bay Area [um San Francisco], wo die von der Neuen Linken stammenden Vorstellungen „Persönliches ist politisch“ in der Linken weit verbreitet waren. Festgelegt haben wir unsere Politik in unserem Dokument „Development and Tactics of the Spartacist League“ [Entwicklung und Taktiken der Spartacist League] von 1969. Dort heißt es in dem Abschnitt unter „SL Functioning“ [Arbeitsweise der SL]: „Die SL will persönliche Aspekte im Leben von Genossen *nur* da regeln, wo diese Aspekte selber das politische oder organisatorische Leben der Mitglieder entscheidend stören, besonders bei Sicherheitsfragen“ (abgedruckt in „Basic Documents of the Spartacist League“, *Marxist Bulletin* Nr. 9).

Logan setzte sich absichtlich über unsere organisatorischen Praktiken hinweg. Man braucht sich nur einmal die Tatsache anzugucken, dass die böswillige Manipulation des persönlichen Lebens der Genossen in unserer australischen Sektion aufhörte, als Logan wegging. Chris Korwin, der nach Logan der nationale Vorsitzende der Sektion wurde, bezeugte das in seinen Grüßen an unsere internationale Konferenz von 1979. Er wies darauf hin, dass die Sektion zwei schwule Männer rekrutiert hatte, darunter einen prominenten Führer des Kampfes für Schwulenrechte in Australien, und sah darin „eine Humanisierung der Organisation, die unter Logan unmöglich gewesen wäre“.

Dass Logan schwul sei, erfuhren wir erst aus seinen Erinnerungen „Never Exactly One of the Lads...“ [Nie ganz einer der Kumpel...], die 1988 in *One of the Boys?* [Einer der Jungs?] veröffentlicht wurden, also neun Jahre nach seinem Ausschluss. Darin gab Logan selber zu, dass er erst einige Jahre nach seinem Ausschluss begonnen habe, sich mit sei-

ner Homosexualität abzufinden. Dieser Essay, mit süßlichen Berichten über seine glückliche Kindheit und ohne ein Wort darüber, dass er jemals Mitglied einer leninistischen Organisation gewesen ist, dient ganz und gar dazu, Logans Outing als „neuer“ rundum sensibler Mann zu preisen. *Caveat emptor* (der Käufer möge sich hüten). Bemerkenswerterweise rangiert Logans sexuelle Neigung selbst in seinen Erinnerungen immer noch unter ferner liefen hinter Erwägungen der Macht: Dieses Wort gibt es zwölfmal auf etwa 20 Seiten. Seitdem ist er dazu übergegangen, für seine Dienste als „Ze-lebrant“ Reklame zu machen – das neuzeitliche Äquivalent eines religiösen Gesundheitsbeters –, zu denen Bestattungsdienste für tote Babys gehören, ein „weltliches Gebet“ und weitere Zeremonien, die von den „anglikanischen und presbyterianischen Einflüssen meiner Kindheit“ stammen. Ein neu erschaffener Hannibal Lecter als die Seele von menschlicher Güte. Wir schrieben in „Bill Logan: Von Krafft-Ebing zu Mutter Theresa? BT: Käufliche Renegaten“ (*Spartakist-Vorabdruck*, 12. September 2003): „Ihn als echt kranken Dreckskerl zu bezeichnen, ist eine gehörige Untertreibung.“

Dass Logan der Führer der selbsternannten „Internationalen Bolschewistischen Tendenz“ ist, sagt auch schon fast alles, was man über die wissen muss.

Mit Genossengrüßen
Len Meyers

P.S. Es fällt auf, dass die BT auf ihrer Website einen Brief an Logan von einem gewissen Steve H. mit seinen „Thoughts on the Spartacists‘ Logan Dossier“ [Gedanken zum „Logan-Dossier“ der Spartakisten] bringt. Die BT meint, seine „ziemlich andere Sichtweise bestätigt von der Tendenz her die wichtigsten Teile unserer Analyse“ von der angeblichen „Degeneration“ unserer Organisation. Wirklich eine ziemlich andere Sichtweise! Als Steve H. 1986 aus unserer australischen Sektion austrat und dabei „abwegige schrullige Aktivitäten“ einräumte, befand er sich auf der Suche nach Gottes Trost durch religiöse „Wiedergeburt“. Ein passender Neuzuwachs des Verteidigungsteams für den schäbigen eigenen religiösen Führer der BT.■

KORREKTUREN

● Im Artikel „Konterrevolutionäre Unruhen in Tibet“ (*Spartakist* Nr. 171, Mai 2008; übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 911, 28. März) erklärten wir: „Die vor einiger Zeit eröffnete Lhasa-Qinghai-Eisenbahn, die Tibet mit China verbindet, führte zu einer wirtschaftlichen Entwicklung und einer Verbesserung des Lebensstandards“ (Hervorhebung hinzugefügt). Damit wird angedeutet, dass Tibet kein Teil von China sei; wir hätten sagen sollen: „die Tibet mit dem übrigen China verbindet“. In dem gleichen Artikel schrieben wir auch:

„Während der fehlbenannten ‚Großen Proletarischen Kulturrevolution‘, die Mitte der 60er-Jahre begann, als Mao Millionen studentischer Jugendlicher mobilisierte, um in einem innerbürokratischen Fraktionskampf seine Position zu stärken, hatte Mao rabiaten Groß-Han-Chauvinismus gegen die Tibeter eingesetzt. Die tibetische Sprache und Tracht wurden geächtet. Ein Großteil von dem, was zum Kern der tibetischen Kultur gehört hatte, wurde einfach zerschlagen und zerstört, auch wenn dies den positiven Nebeneffekt hatte, Mönche dazu zu zwingen, tatsächlich arbeiten zu gehen.“

Dieser Passus liefert dem weitverbreiteten vom Dalai-Lama-Lager und den Imperialisten propagierten Zerrbild Vorschub, dem zufolge Mao während der Kulturrevolution Han-Studenten mobilisiert hätte, um einen Großteil dessen, was den Kern der tibetischen Kultur ausmachte, „zu zerschlagen und zerstören“. Aber es waren größtenteils tibetische Jugendliche, die zahlreiche buddhistische Reliquien und Paläste zerstörten. Wang Lixiong zeigt in einem sehr sorgfältigen Artikel „Reflections on Tibet“ [Überlegungen zu Tibet] (*New Left Review*, März/April 2002):

„Die Wahrheit ist, dass aufgrund der schlechten Verkehrsverhältnisse und der riesigen Entfernungen nur eine begrenzte Zahl von Han-Rotgardisten tatsächlich Tibet erreichte. Selbst wenn einige von ihnen sich doch am Niederreißen von Tempeln beteiligten, konnte ihr Handeln nur symbolischen Charakter haben. Hunderte von Schreinen waren über Dörfer, Felder und zerklüftete Gebirgsgegenden zerstreut: Niemand hätte sie ohne die Beteiligung der örtlichen Bevölkerung zerstören können. Außerdem waren die meisten Rotgardisten, die die TAR (Tibetische Autonome Region) erreichten, tibetische Studenten, die von Universitäten in anderen Orten zurückkehrten...“

Wie diese Aktionen deutlich bezeugen, schüttelte die tibetische Bauernschaft, sobald sie begriff, dass sie ihr eigenes Schicksal bestimmen konnte, das Gespenst vom Leben nach dem Tod, das sie so lange verfolgt hatte, mit einer klaren Geste der Befreiung ab und bekräftigte mit Nachdruck, dass sie lieber Menschen in diesem Leben sein wollen als Seelen im nächsten.“

Die Kulturrevolution verursachte gewaltige Schäden bei den Menschen und an der Wirtschaft in Tibet, so wie überall in der Volksrepublik China. In Wirklichkeit war sie anti-kulturell, auch gegen die Kultur der Han-Chinesen gerichtet sowie gegen westliche Kunst und Musik. Gleichzeitig gab es tatsächlich Han-Chauvinismus. Die tibetische Sprache und einheimische Kleidung – und das war bei allen nationalen Minderheiten der Fall – wurden während der Kulturrevolution attackiert.

● Im Artikel „Barack Obama, John McCain: Klassenfeinde von Arbeitern, Schwarzen, Unterdrückten“ (*Spartakist* Nr. 172, Juli 2008), haben wir irrtümlich nicht vermerkt, dass die Übersetzung aus dem englischen Original (*Workers Vanguard* Nr. 913, 25. April 2008) gekürzt wurde.

Trotzkismus kontra Castroismus

Verteidigt die Kubanische Revolution!



1. Mai 2008: kubanische Massen feiern auf Havannas Revolutionsplatz

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 915 (23. Mai 2008), Zeitung der Spartacist League/U.S., amerikanische Sektion der IKL.

Von dem Tage an, als die Regierung Fidel Castros 1960 die Kapitalistenklasse auf Kuba enteignete und einen bürokrati-

Für proletarische politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie!

tisch deformierten Arbeiterstaat errichtete, hat die herrschende Klasse der USA unermüdlich daran gearbeitet, die Kubanische Revolution zu stürzen und die Diktatur der Bourgeoisie wiederherzustellen – von der Invasion in der Playa Girón (Schweinebucht) bis zu wiederholten Versuchen, Castro zu ermorden; von der finanziellen Unterstützung konterrevolutionärer Terroristen in Miami bis zum anhaltenden Wirtschaftsembargo. Die Beseitigung kapitalistischer Klassenherrschaft in Kuba hat enorme Errungenschaften für seine arbeitende Bevölkerung hervorgebracht. Die zentralisierte Planwirtschaft garantierte jedem Arbeit, anständigen

Wohnraum, Lebensmittel und Bildung. Kubaner erfreuen sich heute einer der höchsten Alphabetisierungsraten in der gesamten Welt. Die Revolution kam besonders Frauen zugute: Die Dominanz der katholischen Kirche wurde gebrochen und Abtreibung ist eine kostenlose medizinische Dienstleistung. Trotz der lähmenden Auswirkungen der US-Blockade ist das kostenlose Gesundheitssystem bei weitem das beste von allen wirtschaftlich unterentwickelten Ländern. Die Kindersterblichkeitsrate ist niedriger als in Teilen der „Ersten Welt“, und Kuba hat pro Kopf mehr Ärzte und Lehrer als so ziemlich der ganze Rest der Welt.

Als Trotzkisten (d. h. wirkliche Marxisten) sind wir für die bedingungslose militärische Verteidigung des kubanischen deformierten Arbeiterstaats gegen imperialistische Angriffe und kapitalistische Konterrevolution – genauso wie für die anderen verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea und Vietnam. Wir sind gegen das US-Wirtschafts-embargo, eine unverhohlene Kriegshandlung, und fordern den sofortigen Abzug der US-Truppen aus Guantánamo Bay. Wir unterstützen vollkommen das Recht Kubas, mit kapitalistischen Staaten Handel zu treiben und diplomatische Beziehungen zu unterhalten. Jedoch sehen wir auch, dass ein Flügel der US-Imperialisten, der durch Politiker wie den Demokraten Barack Obama vertreten wird, darauf abzielt, das Handels-embargo und die diplomatische

Isolierung Kubas zu entschärfen, um so den kubanischen deformierten Arbeiterstaat effektiver zu unterwandern. Das ist schon seit geraumer Zeit die Politik der westeuropäischen und kanadischen Herrscher. Unsere Verteidigung der Kubanischen Revolution basiert auf unserem proletarischen Internationalismus, was ganz wesentlich den Kampf für sozialistische Revolution in den USA und anderen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern umfasst.

Das von Fidel Castro angeführte kubanische Regime, das jetzt von seinem Bruder Raúl gelenkt wird, ist von Grund auf nationalistisch; es folgt dem stalinistischen Dogma vom Aufbau des „Sozialismus in einem Lande“ und verneint damit die Notwendigkeit einer internationalen proletarischen Revolution, nicht nur in anderen lateinamerikanischen Ländern, sondern ganz besonders in der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten. Wie wir weiter unten erklären werden, war das kubanische Regime wiederholt gegen den notwendigen Sturz der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, so im Fall von Chile oder Nicaragua.

Das kubanische Regime ist qualitativ dem Regime ähnlich, das in der Sowjetunion entstand, nachdem die stalinistische Bürokratie die politische Macht in einer 1924 beginnenden und sich in den folgenden Jahren verfestigenden politischen Konterrevolution an sich riss. Nach der Kubanischen Revolution kämpfte die Revolutionary Tendency (RT – Revolutionäre Tendenz) in der US-amerikanischen Socialist Workers Party (SWP – Sozialistische Arbeiterpartei) für dieses programmatische Verständnis gegen die Mehrheit der SWP, die unkritisch die klassenfremden Kräfte der von Castro und Che Guevara geführten kleinbürgerlichen Guerillas mit offenen Armen begrüßte. Die RT und ihr Nachfolger, die Spartacist League, waren einzigartig in ihrem Beharren darauf, dass Kuba im Sommer und Herbst des Jahres 1960 zu einem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat geworden war. Ein weiteres Fortschreiten in Richtung Sozialismus würde eine weitere Revolution erfordern, nämlich eine *proletarisch-politische Revolution*, die die Castro-Bürokratie hinwegfegen, Organe der Arbeiterdemokratie schaffen und ein revolutionär-internationalistisches Regime einsetzen würde. Wie ein von der RT an die SWP-Konferenz von 1963 eingereichtes Dokument feststellte:

„Die Kubanische Revolution hat das weit reichende Eindringen des Revisionismus in unsere Bewegung bloßgelegt. Unter dem Vorwand einer Verteidigung der Kubanischen Revolution, für unsere Bewegung an und für sich obligatorisch, hat man das Castro-Regime bedingungslos und unkritisch unterstützt trotz seines kleinbürgerlichen Charakters und seines bürokratischen Vorgehens. Dabei ist die Gegnerschaft dieses Regimes gegenüber den demokratischen Rechten der kubanischen Arbeiter und Bauern weiterhin offensichtlich: der bürokratische Rauswurf demokratisch gewählter Führer der Arbeiterbewegung aus ihren Positionen, um sie durch stalinistische Mietlinge zu ersetzen; die Unterdrückung der trotzkistischen Presse; Proklamierung eines Einparteiensystems und dergleichen noch viel mehr. Seite an Seite damit existieren die ursprünglichen ungeheuren sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Kubanischen Revolution. Deswegen sind die Trotzkisten sowohl die kampfbereitesten wie auch die bedingungslosesten Verteidiger der Kubanischen Revolution und des aus ihr entstandenen deformierten Arbeiterstaates gegen den Imperialismus. Trotzkisten geben aber keinerlei Vertrauen oder politische Unterstützung (auch nicht der allerkritischsten Art) an ein Regime, das den elementarsten Prinzipien und Bräuchen der Arbeiterdemokratie feindlich gegenübersteht, selbst wenn wir rein taktisch anders als bei einer schon gefestigten bürokratischen Kaste vor-

gehen.“ („Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 24, Sommer 2004, überarbeitete Fassung der ursprünglichen deutschen Übersetzung, erschienen in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 1, Frühling 1974)

Diese trotzkistische Analyse und dieses trotzkistische Programm bestehen seit 45 Jahren den Test der Zeit. Die meisten Pseudotrotzkisten begeisterten sich für Castro; ein paar wenige, wie die Socialist Labour League (Sozialistischer Arbeiterbund) des verstorbenen Gerry Healy im Britannien der 60er-Jahre, leugneten, dass der Kapitalismus in Kuba gestürzt wurde. Doch die, die noch gestern die Werbetrommel für verschiedene stalinistische Bürokraten rührten, mischten später bei den antikommunistischen Kreuzzügen der Imperialisten für „Demokratie“ mit. So schloss sich die SWP, die schon seit langem explizit dem Trotzkismus abschwört, zusammen mit ihren Abkömmlingen wie Socialist Action und ihren ehemaligen internationalen Verbündeten im Vereinigten Sekretariat (VS) der Kampagne des US-Imperialismus an, die Sowjetunion zu zerstören, und alle unterstützten offen die Kräfte der antikommunistischen Reaktion. So auch die Militant-Tendenz von Ted Grant, Vorläuferorganisation der Internationalen Marxistischen Tendenz (IMT), geführt von Alan Woods, die sich heute als die „Trotzkisten“ in Kuba darstellt. Was das heutige Kuba angeht, so geben alle diese Kräfte entweder dem Castro-Regime weiterhin politische Unterstützung oder, schlimmer noch, greifen es von rechts an.

Die Frage des Trotzkismus und der Rolle Leo Trotzki selbst, der neben Lenin 1917 die Oktoberrevolution führte, wurde in den letzten Jahren zum Gegenstand einiger Diskussionen in akademischen und anderen Kreisen auf Kuba. Zum Beispiel fand vor vier Jahren in dem kubanischen Magazin *Temas* (Nr. 39/40, Oktober–Dezember 2004) eine Debatte zum Thema „Warum zerfiel der osteuropäische Sozialismus?“ statt, in der sich mehrere Teilnehmer positiv auf Trotzki Kritik am Anwachsen der stalinistischen Bürokratie bezogen. Anfang des Jahres wurde Trotzki wegweisendes Buch *Die Verratene Revolution*, das den Aufstieg des Stalinismus analysiert, auf der Buchmesse von Havanna einer dichtgedrängten Menschenmenge vorgestellt. Celia Hart – die Tochter von Haydee Santamaria und Armando Hart, zwei historischen Führern der Kubanischen Revolution – hat auf der Insel als selbsterklärte Unterstützerin sowohl des Trotzkismus als auch des kubanischen Regimes publiziert und gesprochen.

Es ist äußerst wichtig, dass Jugendliche und andere, die einen wirklich revolutionären Weg suchen, das revolutionäre internationalistische Programm des Trotzkismus studieren und sich aneignen, das im scharfen Gegensatz zum Revisionismus von SWP, Socialist Action, VS, IMT usw. steht. Das erfordert einen Rückblick auf Trotzki Theorie der permanenten Revolution und die wirkliche Geschichte der Kubanischen Revolution und des Castro-Regimes.

Der Kampf für Trotzkismus in der SWP

Nach dem Sieg von Castros Kräften 1959 vergötterte die SWP-Mehrheit Castro und Guevara als „unbewusste Trotzkisten“. Woche für Woche druckte die SWP-Zeitung *Militant* unkritisch deren Reden ab. Der SWP zufolge hatte sich Kuba von einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ zu einem gesunden Arbeiterstaat entwickelt, von qualitativ demselben Rang wie der sowjetische Arbeiterstaat unter Lenin und Trotzki. Wie die RT in einem Dokument von 1960 bemerkte, war dies eine „Arbeiter- und Bauernregierung“, in der es keine Arbeiter oder Bauern und keine Vertreter unabhängiger Arbeiter- oder Bauernparteien gibt!“ („The Cuban Revolution and Marxist Theory“ [Die Kubanische Revolution und marxistische Theorie], abgedruckt in *Marxist Bulletin* Nr. 8)

Die Linie der SWP zur Kubanischen Revolution spiegelte

eine Welle des Revisionismus ein Jahrzehnt vorher in der Vierten Internationale (VI) wider. Die VI, die unter Trotzki's Führung 1938 gegründet wurde, war unter dem Einfluss der Umstürze des Kapitalismus unter stalinistischer Führung nach dem Zweiten Weltkrieg schwerwiegend desorientiert. Mao Zedongs bäuerliche Volksbefreiungsarmee ertriss 1949 der kollabierenden bürgerlichen Guomindang Chiang Kai-sheks die Macht, was zur Errichtung eines deformierten Arbeiterstaats führte. Ähnliche auf die Bauernschaft gestützte und von Stalinisten geführte soziale Umwälzungen triumphierten in Jugoslawien, Nordkorea und Nordvietnam (1975 nach dem Sieg der vietnamesischen Arbeiter und Bauern über den US-Imperialismus auf den Süden ausgeweitet). In mehreren Staaten Ost- und Mitteleuropas wurde der Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetischer Besatzung gestürzt. Obwohl in jedem dieser verschiedenen Länder unterschiedliche Prozesse stattfanden, hatten sie alle eine Gemeinsamkeit: das Fehlen eines Kampfes der Arbeiterklasse um die Staatsmacht. Das Ergebnis war die Schaffung von bürokratisch *deformierten Arbeiterstaaten*.

Jedoch antwortete Michel Pablo, der damalige Führer der VI, auf die sozialen Umwälzungen nach dem Krieg mit einer Zurückweisung der zentralen Bedeutung einer bewussten revolutionären Führung. Pablo behauptete, dass „der objektive Prozess ... letztlich der einzige entscheidende Faktor“ sei. Angeblich stellte die „objektive Dynamik“ ein zunehmend günstiges Kräfteverhältnis sicher, und in diesem Kontext „besteht weiterhin unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit, dass die Kommunistischen Parteien sich eine annähernd revolutionäre Orientierung geben“. Pablo sah „Jahrhunderte“ deformierter Arbeiterstaaten voraus. Die Trotzkiisten wurden dazu degradiert, sich in verschiedene stalinistische oder sozialdemokratische Parteien zu liquidieren oder bestenfalls als Druckgruppen auf diese einzuwirken. Dieser Revisionismus führte 1951–53 zur Zerstörung der Vierten Internationale. Die pabloistischen Revisionisten wurden von der SWP und ihrem Führer James Cannon bekämpft, wenn auch verspätet, partiell und im Wesentlichen auf dem nationalen Terrain der SWP. 1953 spalteten die SWP und andere anti-pabloistische Kräfte international von Pablo (siehe „Ursprünge des Pabloismus“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 3, März 1975).

Doch mit der sich entfaltenden Kubanischen Revolution versöhnte sich dann die SWP mit Pablos Revisionismus und führte eine „Wiedervereinigung“ mit Pablos Schützlingen im „Internationalen Sekretariat“ durch. Das Gründungsdokument des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“ verkündete:

„Wie I. F. Stone, der scharfsinnige radikale amerikanische Journalist, nach einer Kuba-Reise beobachtete, sind die Revolutionäre dort ‚unbewusste‘ Trotzkiisten. Mit dem Erreichen des vollen Bewusstseins unter diesen und ähnlichen Strömungen wird Trotzkiismus eine machtvolle Strömung werden.“ („Dynamics of World Revolution Today“ [Dynamik der Weltrevolution heute], 1963)

Die SWP behauptete und erwartete, dass bäuerlicher Guerillakrieg die Welle der Zukunft und das entscheidende Mittel zum Umsturz des



Corbis

Kubanische Krankenschwester betreut Neugeborene auf Entbindungsstation in Krankenhaus. Säuglingssterblichkeit in Kuba ist geringer als in vielen Teilen der „Ersten Welt“

Kapitalismus sein würde, und schrieb:

„Im Laufe einer Revolution, die mit einfachen demokratischen Forderungen beginnt und zum Bruch kapitalistischer Eigentumsverhältnisse führt, kann ein von landlosen Bauern und halbproletarischen Kräften getragener Guerilla-Krieg unter einer Führung, die sich entschließt, die Revolution bis zu Ende durchzuführen, entscheidend beitragen zur Unterminierung einer kolonialen oder halbkolonialen Macht bzw. sogar deren Untergang auslösen. Dies gehört zu den Hauptlehren der Erfahrung seit dem Zweiten Weltkrieg und muss bewusst in die Strategie zum Aufbau revolutionärer marxistischer Parteien in Kolonialländern eingebaut werden.“ (Politisches Komitee der SWP, „For Early Reunification of the World Trotskyist Movement“ [Für eine baldige Wiedervereinigung der trotzkiistischen Weltbewegung], in *Discussion Bulletin* der SWP, Bd. 24, Nr. 9, April 1963)

Im Gegensatz zur SWP-Mehrheit behauptete die revolutionäre Tendenz in ihrem programmatischen Dokument „Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale, Resolutionsantrag über die Weltbewegung“, das der SWP-Konferenz 1963 vorgelegt wurde:

„Die Ereignisse seit dem Zweiten Weltkrieg haben bewiesen, dass ein Guerillakrieg mit bäuerlicher Basis und



Seminarreihe der Spartakist-Jugend Berlin

Freitag, 24. Oktober

**Nieder mit bürgerlichen Regierungsämtern!
Die Arbeiterklasse muss den kapitalistischen Staat zerschlagen!**

Freitag, 5. Dezember

**Nein zu „Kinder, Küche, Kirche“:
Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!**

Januar, Termin/Ort werden noch bekannt gegeben

**Verteidigt den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat Kuba!
Für proletarische politische Revolution
gegen die stalinistische Bürokratie!**

Jeweils 18.30 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon,
Gneisenaustraße 2a (U-Bhf. Mehringdamm)

Lesematerial und Kontakt: (030) 4439400, spartakist@online.de

unter kleinbürgerlicher Führung bestenfalls ein antiproletarisches, bürokratisches Regime hervorbringen kann. Solche Regime entstanden unter den Bedingungen des Niedergangs des Imperialismus, der Demoralisierung und Desorientierung durch den wiederholten Verrat der Stalinisten und des Fehlens einer revolutionär-marxistischen Führung der Arbeiterklasse. Die koloniale Revolution bekommt erst unter einer solchen Führung des revolutionären Proletariats einen eindeutig progressiven Charakter. Wenn Trotzkiisten also Revisionismus in Bezug auf die proletarische Führung der Revolution in ihre Strategie einführen, dann ist das eine fundamentale Leugnung des Marxismus-Leninismus, egal wie viele noch so fromme Wünsche dabei über den „Aufbau revolutionär-marxistischer Parteien in Kolonialländern“ geäußert werden. Marxisten müssen sich der abenteuerlichen Bejahung des bäuerlichen Guerilla-Wegs zum Sozialismus — historisch verwandt mit dem von Lenin bekämpften taktischen Programm der Sozialrevolutionäre — entschlossen entgegenstellen. Diese Alternative wäre selbstmörderisch für die sozialistischen Ziele der Bewegung und unter Umständen auch für die Abenteurer selbst.“

Die SWP zerfledderte bewusst Trotzki's Theorie der permanenten Revolution, die den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung in Ländern mit kombinierter und ungleichmäßiger Entwicklung aufzeigt. In solchen Ländern ist die nationale Bourgeoisie durch Millionen Fäden an die Imperialisten gebunden und fürchtet das Proletariat. Deshalb ist sie nicht in der Lage, die Aufgaben zu erledigen, die historisch mit den klassischen bürgerlichen Revolutionen Englands und Frankreichs im 17. und 18. Jahrhundert in Verbindung gebracht werden. Der einzige Weg vorwärts ist, wie Trotzki in *Die permanente Revolution* (1930) darlegte, der Kampf für die „Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernmassen“. Die Diktatur des Proletariats würde nicht nur demokratische, sondern auch sozialistische Aufgaben wie die Kollektivierung der Wirtschaft auf die Tagesordnung setzen und somit der internationalen sozialistischen Revolution einen mächtigen Impuls geben. Nur der Sieg des Proletariats in der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt würde eine Sicherheit gegen bürgerliche Restauration geben und die Möglichkeit sichern, den sozialistischen Aufbau zum Abschluss zu bringen.

Trotzki's Theorie wurde von der Russischen Revolution

vom Oktober 1917 bestätigt. Unter der Führung der bolschewistischen Partei Lenins und Trotzki's stürzten die revolutionären Arbeiter, unterstützt von der Bauernschaft, die Herrschaft der Kapitalisten und Grundbesitzer. Die entscheidende Kraft im Aufstand waren die Roten Garden, die Arbeitermiliz, sowie Militäreinheiten unter dem Kommando von Soldaten- und Matrosenräten, die von den Bolschewiki geführt wurden. Der bürgerliche Staat wurde zerschlagen und durch einen Arbeiterstaat ersetzt, der sich auf Massenorgane der Arbeiterdemokratie stützte, auf die gewählten Sowjets (Räte) der Arbeiter, Soldaten und Bauern. Die Gründung der Kommunistischen Internationale 1919 drückte das Verständnis der Bolschewiki aus, dass die Russische Revolution nur die erste, rückgängig machbare Episode der sozialistischen Weltrevolution war. (Siehe „The Development and Extension of Leon Trotsky's Theory of Permanent Revolution“ [Die Entwicklung und Ausweitung von Leo Trotzki's Theorie der permanenten Revolution], in der IKL-Broschüre vom April 2008.)

Die Kubanische Revolution

Unter dem Diktator Fulgencio Batista hing Kuba im Wesentlichen am Tropf der amerikanischen Mafia und der United Fruit Company (siehe z. B. den Film *Der Pate: Teil Zwei*). Als Fidel Castros Bewegung des 26. Juli am 1. Januar 1959 Havanna erreichte, verjagte sie die Überbleibsel der Armee Batistas, der von den Massen zutiefst verachtet wurde, von den Oberschichten der kubanischen Gesellschaft isoliert war und letzten Endes von den US-Imperialisten fallengelassen wurde. Die Kommandeure der Rebellenarmee waren kleinbürgerliche Intellektuelle, deren frühere direkte Verbindungen zu oppositionellen bürgerlich-liberalen Elementen im Verlauf des Guerillakriegs unterbrochen wurden und die somit zeitweise von der Bourgeoisie autonom waren.

Die ursprüngliche Regierungskoalition mit liberalen bürgerlichen Politikern kam im Kontext eines zerschlagenen alten bürgerlichen Staatsapparates zustande. Castro selbst war 1952 ein Parlamentskandidat der bürgerlichen Orthodoxo-Partei. Das Sierra-Maestra-Manifest, das 1957 von der Bewegung des 26. Juli herausgegeben wurde, schlug „unabhängige und demokratische Wahlen“ vor, die von einer „provisorischen neutralen Regierung“ organisiert werden sollten, und rief dazu auf, „die Armee von der Politik zu entflechten“, und forderte Pressefreiheit, Industrialisierung und eine Landreform auf der Grundlage des Prinzips „Land den Bauern“ (im Gegensatz zu kollektiver Landwirtschaft) – nichts von alledem bedrohte die Herrschaft der Kapitalisten.

Die ersten Maßnahmen der kleinbürgerlichen Castro-Regierung waren das Verbot des Glücksspiels, die Unterdrückung der Prostitution und die Beschlagnahmung des Besitzes von Batista und seinen Schützlingen. Darauf folgte eine bescheidene Bodenreform im Rahmen der bürgerlichen Verfassung von 1940. In dieser Periode verneinte Castro nicht nur jedwede revolutionäre Absichten; er verurteilte explizit den Kommunismus. Im Mai 1959 bezog sich Castro auf den Kommunismus als ein System, „das das wirtschaftliche Problem löst, das aber die Freiheiten, die dem Menschen so wertvoll sind, und von denen ich weiß, dass das kubanische Volk sie fühlt, unterdrückt“ (zitiert in Theodore Draper, *Castroism: Theory and Practice* [Castroismus: Theorie und Praxis], 1965). Das reichte jedoch nicht aus, den antikommunistischen Flügel seiner eigenen Bewegung zufriedenzustellen. Im Juni 1959 schmiss Castro die internen Gegner der Bodenreform aus der Bewegung des 26. Juli hinaus.

Die neue kubanische Regierung wurde auch mit den zunehmenden Versuchen des US-Imperialismus konfrontiert, sie durch wirtschaftlichen Druck auf Linie zu bringen, wobei

WORKERS VANGUARD 50c
No. 121 28 August 1968

Great Power Duel in Georgia

Democrats, Republicans
Saber Rattle Against Russia



Russian, Georgian Workers: The Main Enemy Is at Home!
U.S. Bases Out of East Europe, Central Asia, Near East!



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 235 55
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01



Glinn/Magnum

Castros kleinbürgerliche Rebellenkräfte erreichen Havanna, Neujahr 1959. Rechts: Kubanischer Milizionär bewacht enteignete US-Ölraffinerie, 1960



die Eisenhower-Administration voller Verachtung keinerlei Versuch unternahm, die neue Regierung zu kooptieren. Dem folgte ein Prozess von Schlag und Gegenschlag, in dem die kubanischen Führer auf jeden imperialistischen Angriff mit zunehmend radikaleren Maßnahmen antworteten. Als Eisenhower im Januar 1960 versuchte, die kubanische Zuckerquote zu senken, unterzeichnete Castro ein Abkommen mit dem sowjetischen Vizepremier Mikojan, wonach die UdSSR jährlich eine Million Tonnen Zucker von Kuba bezog. Die Weigerung der im imperialistischen Besitz befindlichen Ölraffinerien, russisches Rohöl zu bearbeiten, sowie Eisenhowers Abschaffung der Zuckerquote führten zu Castros Nationalisierung von US-Eigentum auf Kuba im August 1960, einschließlich der Zuckerraffinerien, Ölfirmen, Elektrizitätswerke und der Telefongesellschaft. Im Oktober nationalisierte die Regierung alle Banken und 382 Firmen, was 80 Prozent der Industrie des Landes entsprach. Mit diesen tiefgreifenden Nationalisierungen, die die Bourgeoisie als Klasse liquidierten, wurde Kuba ein deformierter Arbeiterstaat.

Die Herausbildung eines Arbeiterstaates war auf keinen Fall das notwendige Ergebnis des Sieges der Rebellenarmee im Januar 1959. Die Existenz des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates lieferte ein Modell und, was wichtiger ist, die materielle Unterstützung, die dieses Ergebnis möglich machte. Jedoch war die Bildung des deformierten Arbeiterstaates Kuba nicht das Produkt des Bündnisses mit der Sowjetunion, sondern Ergebnis eines Prozesses innerhalb Kubas selbst. Ein weiterer kritischer Faktor in der Schaffung eines deformierten Arbeiterstaates war die Tatsache, dass das Proletariat kein Anwärter für die Macht war.

Hätte es eine klassenbewusste, kämpferische Arbeiterklasse gegeben, dann hätte sie die kleinbürgerlichen Guerilla-Kräfte polarisiert und einige auf die Seite der Arbeiter gezogen, während sie andere zur Seite der Bourgeoisie hin abgestoßen hätte. Das passierte 1917 in Russland, als die Bolschewiki die Unterstützung der Masse der Bauernschaft gewannen, während die rechte Führung der bäuerlichen Partei der Sozialrevolutionäre die Seite der kapitalistischen Kerenski-Regierung bezog. Doch in Kuba war die wesentliche Arbeiterpartei, die stalinistische Sozialistische Volkspartei (PSP), mit der bürgerlichen Ordnung und Legalität verheiratet. Die PSP verurteilte Castros Angriff auf die Moncada-Kaserne 1953 als „putschistische Methoden“. Noch im Juni 1958 rief das Nationalkomitee der PSP zu einem Ende der Gewalt auf und für eine Beilegung des Kampfes „durch das Mittel demokratischer und sauberer Wahlen, die von allen respektiert werden, durch die das Volk effektiv mittels der

Stimmabgabe entscheiden kann und deren Ergebnisse ehrwürdig anerkannt werden“.

Die kubanische Situation war eine Ausnahme: In den meisten Fällen steht am Ende eines Sieges von kleinbürgerlichen Nationalisten, dass diese ihre Verbindungen mit der bürgerlichen Ordnung wiederherstellen. So zum Beispiel im Falle Algeriens nach dem Sieg der radikal auftretenden kleinbürgerlichen FLN nach einem lang andauernden Unabhängigkeitskrieg gegen die französischen Imperialisten. Ein Schlüsselfaktor in der Beibehaltung Algeriens als französische Neokolonie war die Umsetzung einer versöhnlicheren Politik gegenüber den siegreichen algerischen Rebellen seitens der De-Gaulle-Regierung, mit den Evian-Verträgen von 1962. Den Ausgang der Kubanischen Revolution als Ergebnis marxistischer Voraussicht und Absichten seitens der Castroisten anzusehen ist absurd. Der bürgerliche Historiker Theodore Draper kommentierte in Bezug auf die Castro/Guevara-„Theorie“ des Bauernkriegs: „Die kubanische Theorie war eine Rechtfertigung *ex post facto* [im Nachhinein] einer improvisierten Antwort auf Ereignisse, die außerhalb Castros Kontrolle lagen.“

Die Kubanische Revolution hat wieder einmal gezeigt, dass es keinen „dritten Weg“ zwischen der Diktatur des Kapitals und der Diktatur des Proletariats gibt. In diesem Sinne bestätigte sie die Theorie der permanenten Revolution. Jedoch ist der Kern von Trotzki's Theorie die Notwendigkeit eines bewussten Proletariats, geführt von seiner Avantgarde, an der Spitze aller Unterdrückten im Kampf um die Macht und die internationale Ausweitung der Revolution. Die herrschende Schicht des deformierten Arbeiterstaates Kuba ist eine parasitäre Bürokratie, geschaffen durch eine Fusion von Elementen aus der alten Bewegung des 26. Juli und der PSP (die passender Weise bald Moskaufreundliche Typen wie Anibal Escalante heraussäuberte, der als loyal zu einem anderen „Sozialismus in einem Lande“ galt). Die Kubanische Revolution bestätigte auf eine neue Weise Trotzki's Feststellung, dass die stalinistische Bürokratie – ein Transmissionsriemen für den Druck der bürgerlichen Weltordnung in den Arbeiterstaat hinein – eine widersprüchliche kleinbürgerliche Formation ist. Wie wir 1973 im Vorwort von *Marxist Bulletin* Nr. 8 (siehe: *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 5, Mai 1977) schrieben:

„Der entscheidende Teil der Castroisten konnte den Übergang zur Führung eines deformierten Arbeiterstaates vollziehen, weil er, da der egalitäre Charakter und die proletarische Demokratie eines direkt durch die arbeitende Bevölkerung erkämpften Staates fehlten, über

seine eigenen radikal-kleinbürgerlichen sozialen Gelüsten niemals hinausgehen oder sie grundlegend verändern, sondern sie lediglich transformieren und umorientieren musste.“

Der Kampf für Arbeiterdemokratie

Die SWP und das VS rechtfertigten offen die Unterdrückung der kubanischen Arbeiterklasse und Linker, einschließlich der kubanischen Trotzisten, seitens der Castro-Regierung. Die SWP und das VS verwischten den qualitativen Unterschied zwischen einem gesunden Arbeiterstaat, in dem die Arbeiterklasse die politische Macht besitzt, und einem deformierten Arbeiterstaat, in dem die politische Macht in den Händen einer Bürokratie ist. Obwohl SWP-Führer wie Joseph Hansen ab und an einmal zugaben, dass „Formen der Arbeiterdemokratie“ fehlten, wurde das als geringer Makel angesehen; und so oder so würde „die objektive Dynamik“ die Castroisten „unausweichlich“ dazu veranlassen, einsichtig zu sein. Das spiegelte sich in einer Stellungnahme von Adolfo Gilly, einem Unterstützer der mexikanischen Pabloisten, wider. Obwohl er erklärte, dass „Kuba beeinflusst wurde von bürokratischen Methoden und der Nichtbeteiligung von Arbeitern, was es auch in anderen sozialistischen Ländern gibt“, entschuldigte Gilly dennoch die Bürokratie, indem er die Schlussfolgerung zog, „es [gebe] heute kein anderes Land, in dem es mehr Demokratie gibt als in Kuba“ und dass „es der Druck von unten [sei], der an jedem Punkt entscheidend ist und sich aufdrängt und auf diese Weise den Weg der Kubanischen Revolution selbst breiter macht“ (*Monthly Review*, Oktober 1964). Mehr als vierzig Jahre sind vorbei, und wir warten noch immer!

Bequemerweise versuchten die SWP und das VS, die ganze Schuld am stalinistischen Bürokratismus den PSP-Kadern in die Schuhe zu schieben und Castro und Guevara insbesondere als „unbewusste Trotzisten“ darzustellen. *Socialist Action* (Februar 2008) behauptet seinerseits, „Che war von seinem Konzept der permanenten Revolution motiviert, als er Kuba verliess, entschlossen, seinen Teil bei der Schaffung von ‚zwei, drei, vielen Vietnams‘ beizutragen.“ Peter Taaffe, Führer des Komitees für eine Arbeiterinternationale, behauptete neulich, dass „Castro zugespitzt verneint – fälschlicherweise, wie Celia Hart angedeutet hat –, dass Che Guevara ‚trotzkistische Sympathien‘ hegte.“ Castro sollte es wissen.. In seiner Autobiografie (mitverfasst von Ignacio Ramonet) antwortete Castro auf die Frage eines Reporters bezüglich Guevara: „Ich habe ihn nie wirklich über Trotzki reden hören. Er war ein Leninist und bis zu einem gewissen Grade erkannte er sogar die Vorzüge von Stalin – du weißt schon, Industrialisierung und solcherlei Dinge“ (*My Life: A Spoken Autobiography* [Mein Leben: Eine gesprochene Autobiografie], 2007).

Zwar war Guevara ein mutiger Mensch, der im Kampf für seine Überzeugungen starb, aber sein bäuerlicher Guerillakampf war dem Leninismus und Trotzki's permanenter Revolution entgegen gesetzt, deren Voraussetzung der *proletarische* Internationalismus ist. Wie wir in „The Mystique of the Guerilla Road“ [Die Mystik des Guerilla-Weges] (*Workers Vanguard* Nr. 630, 6. Oktober 1995) erklärten:

„Trotz des revolutionären Geistes von Guevaras Schlachtruf gegen den Imperialismus war sein Aufruf zu einem bäuerlichen Guerillakrieg an vielen Fronten eine glatte Zurückweisung des Marxismus, des Leninismus und des proletarischen Kampfes um die Macht... Sein politisches Programm war grundlegend elitär, da er schlichtweg verneinte, dass die arbeitenden Menschen ihre Stimme und Macht durch ihre eigenen Klassenorgane wie Arbeiterräte (Sowjets) ausdrücken müssten. Stattdessen sollten sich die Massen der Führung einer

selbsternannten Bande kleinbürgerlicher radikaler Intellektueller unterordnen, die zu Guerilleros wurden und in die Berge zogen.“

Wegen seiner zahlenmäßigen Größe, seiner Lage in den städtischen Finanz- und Produktionszentren und seiner strategischen Position mit den Händen an den Produktionsmitteln, wo die allgemeine Erfahrung der Arbeiter Solidarität und Organisation erzeugt, hat das Proletariat auf einzigartige Weise die soziale Macht und das Klasseninteresse, den Kapitalismus zu stürzen. Als Masse kleiner Produzenten ist die Bauernschaft eine kleinbürgerliche Schicht, deren Existenzbedingungen eine beschränkte Sichtweise mit sich bringen. Ihre untere Schicht, die landlosen Bauern, wird von der Arbeiterklasse angezogen, während es die höhere Schicht eher zur Bourgeoisie zieht. Ihre produktive Arbeit basiert auf dem Privatbesitz von Landparzellen; Bauern haben keine unabhängige Produktionsweise. Sie folgen entweder dem Proletariat oder der Bourgeoisie.

Unter den denkbar vorteilhaftesten Bedingungen war die kleinbürgerliche Bauernschaft nur in der Lage, einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat zu schaffen. Mit der Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats und dem damit einhergehenden Wegfall eines jederzeit vorhandenen Rettungsankers gegen imperialistische Umzingelung, wurde die historisch gesehen enge Öffnung, in der kleinbürgerliche Kräfte in der Lage waren, die lokale kapitalistische Herrschaft zu stürzen, in der jetzigen Periode geschlossen.

Guevara verachtete die Arbeiterdemokratie. In seinem Aufsatz „Die Rolle einer marxistisch-leninistischen Partei“ behauptete er, dass die Guerilla-Führer in „den Bergen“ „von der Ideologie her proletarisch“ waren, während diejenigen in „der Ebene“ (sprich: in den Städten) kleinbürgerlich waren. Daraus leitete er ab: „Die Befreiungsarmee ist die legitime Vertreterin der siegreichen Revolution.“ Guevaras Politik war eine besonders idealistische und voluntaristische Sorte des Stalinismus. In „Der Sozialismus und der Mensch auf Kuba“ (1965) argumentierte er, dass die Produktivität der Arbeiter besser durch „moralischen Ansporn“ als durch materiellen stimuliert werden könne und tat somit das Verlangen der Arbeiter nach einem anständigen Lebensniveau als bürgerlich ab. Indem er eine proletarisch-internationalistische Perspektive ablehnte, akzeptierte Guevara den Rahmen des „Aufbaus des Sozialismus“ auf einer kleinen, armen und belagerten Insel. Trotzisten verstehen, dass nur die Ausweitung der Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder das Problem des materiellen Mangels lösen kann. Guevara bezeichnete Trotzki's Gründung der Linken Opposition gegen Stalins politische Usurpation der Revolution explizit als „konterrevolutionär“.

Kuba war anfangs für das Eingreifen von Trotzisten offener als andere deformierte Arbeiterstaaten, da die herrschende Bürokratie gerade erst im Prozess ihrer Herausbildung war. Das spiegelte sich in der Tatsache wider, dass es für eine gewisse Zeit einer trotzkistischen Gruppe erlaubt war, aktiv zu sein. Die Miliz, die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) und die Gewerkschaften hatten alle eine Massenbasis. Das war eine kurzlebige Öffnung, aber eine, die ausgelotet werden musste. Die RT gab daher dem Programm der politischen Revolution für Kuba eine Übergangsformulierung, indem sie forderte: „Macht die Regierungsminister verantwortlich gegenüber und abwählbar von den demokratischen Organisationen der Arbeiter und Bauern.“

Eine Wasserscheide im Verhärtungsprozess der Bürokratie war die Verhaftung von Mitgliedern der kubanischen trotzkistischen Organisation, der Revolutionären Arbeiterpartei (POR), die Teil einer von Juan Posadas geführten internationalen Tendenz war. Im Mai 1961 beschlagnahmte



Gerretsen/Gamma



Prensa Latina

Rechts: Castro trifft Chiles Salvador Allende. Castro unterstützte Allendes kapitalistische Volksfront-Regierung, die das kämpferische chilenische Proletariat entwaffnete und Militärputsch und Blutbad von 1973 den Weg ebnete

die Regierung in Havanna die POR-Zeitung *Voz Proletaria* und zertrümmerte die Druckplatten für eine Ausgabe von Trotzki's *Die permanente Revolution*. Ab November 1963 wurden fünf führende POR-Mitglieder verhaftet. Ihnen wurde die Verbreitung einer illegalen Zeitung vorgeworfen, die Befürwortung des Sturzes der Regierung und dass sie Kritik an Fidel Castro übten. Sie wurden zu Haftstrafen von bis zu neun Jahren verurteilt; letzten Endes verbrachten sie bis zu anderthalb Jahre im Gefängnis. Guevara wurde 1964 von einem durch Kuba reisenden Spartacist-Unterstützer wegen der Verhaftungen konfrontiert. Unser Genosse verwies darauf, dass man mit der Kritik von Leuten, die für die bedingungslose Verteidigung der Revolution stünden, politisch umgehen muss, statt ihre Ansichten zu unterdrücken. Guevara antwortete:

„Ich stimme mit deiner Erklärung überein, aber die kubanischen Trotzkiisten sind nicht innerhalb der Revolution, sondern nur ‚Spalter‘... Ich werde nicht sagen, dass sie CIA-Agenten sind – das wissen wir nicht. *Sie sind nicht dafür bekannt, die Revolution zu unterstützen.*“ („Freedom for Cuban Trotskyists!“ [Freiheit für kubanische Trotzkiisten], *Spartacist*, englische Ausgabe Nr. 3, Januar/Februar 1965)

Das war eine gezielte Verleumdung. Die verhafteten Mitglieder der POR waren Teilnehmer an allen Aktivitäten der Revolution vor 1959, als die Stalinisten noch immer abwarteten, wer gewinnen würde. Andrés Alfonso kämpfte im Untergrund gegen Batista, während Ricardo Ferrera in der Rebellenarmee kämpfte, seit er 16 war. Die POR hatte Gewerkschaftsmitglieder; Mitglieder im CDR und der Miliz mobilisierten für die Verteidigung Kubas während der Raketenkrise im Oktober 1962. Der „unbewusste Trotzkiist“ Guevara war tatsächlich ein *bewusster Verfolger* der Trotzkiisten. Beim Drängen auf eine einzige vereinte (stalinistische) Partei auf Kuba griff er die POR-Genossen 1961 zu mehreren verschiedenen Anlässen an.

Ungeachtet politischer Differenzen war die Spartacist-Tendenz die erste Organisation – außer den Posadisten selbst –, die die kubanischen Trotzkiisten verteidigte und deren Fall an die Weltöffentlichkeit brachte. Sich an die Castroisten anbietend, verlor die SWP-Führung kein Wort über die Verhaftung, bis die POR-Mitglieder entlassen wurden, nachdem sie eine Kapitulationserklärung unterzeichneten, der zufolge sie ihre Organisation auflösen würden. Die verächtliche Behandlung der kubanischen Trotzkiisten seitens der SWP und Konsorten erinnerte an das Schweigen

der Pabloisten, als Mao Jahre zuvor die chinesischen Trotzkiisten inhaftierte.

Für proletarischen Internationalismus!

Einer der zentralen Grundsätze der permanenten Revolution – und eine scharfe Trennlinie zwischen Trotzkiismus und Stalinismus – ist die Notwendigkeit, die Revolution eines halbkolonialen Landes auf die fortgeschrittene kapitalistische Welt auszuweiten. Das folgt aus dem Verständnis, dass eine Planwirtschaft auf internationaler Ebene notwendig ist, die die materiell am weitesten entwickelten Gesellschaften mit einschließen muss. Die Arbeiterstaaten sind nicht nur durch imperialistische Militärintervention bedroht, sondern noch viel wesentlicher durch imperialistische wirtschaftliche Durchdringung und das qualitativ höhere Produktivitätsniveau in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern.

Lenin stellte fest: „Solange Kapitalismus und Sozialismus geblieben sind, können wir nicht im Frieden leben: der eine oder andere wird letzten Endes siegen; entweder wird man der Sowjetrepublik Totenmessen singen oder aber dem Weltkapitalismus“ (zitiert aus Trotzki, *Die Geschichte der Russischen Revolution*). Der katastrophale Kollaps der Sowjetunion, die von Jahrzehnten stalinistischer Misswirtschaft und Verrat unterminiert war, bestätigte die Sinnlosigkeit des Versuchs, „Sozialismus in einem Lande“ aufzubauen. Wie viel mehr trifft dies auf das winzige Kuba zu!

Die nationalistischen stalinistischen Bürokratien verfolgen ihre eigenen Absprachen mit den Imperialisten, auch auf Kosten anderer Arbeiterstaaten (wie die chinesisch-sowjetische Spaltung in den 60er-Jahren zeigte). Im Gegenzug für sowjetische wirtschaftliche und militärische Hilfe unterstützte Castro generell international die Kreml-Linie. Doch der sowjetische Führer Nikita Chruschtschow machte während der Raketenkrise 1962 seine Bereitschaft, einen separaten Deal mit dem US-Imperialismus auf Kosten Kubas abzuschließen, völlig klar, als er in Reaktion auf US-Drohungen sowjetische Raketen aus Kuba abzog. Eine Erklärung der RT von damals verurteilte „die konterrevolutionäre Rolle“ der „Kremlbürokraten“ in der kubanischen Raketenkrise und stellte fest: „Die falsche Politik der Castro-Führung, ihr politischer Block mit den Stalinisten, hat diese Verteidigung stark unterminiert“ („Declaration on the Cuban Crisis“ [Erklärung zur Kuba-Krise], 30. November 1962, abgedruckt in *Marxist Bulletin* Nr. 3, Teil I).

Im Gegensatz zu dem von vielen Linken verbreiteten Mythos war die kubanische Linie nicht „internationalisti-

scher“, solange Guevara lebte. So bot 1961 die von Che Guevara geführte kubanische Delegation auf der Konferenz in Punta del Este (Uruguay) den US-Imperialisten Entspannung an. Laut John Gerassi in *The Great Fear in Latin America* [Die große Furcht in Lateinamerika] (1965) sagte Guevara: „Wir können nicht versprechen, dass wir unser Beispiel nicht exportieren werden, wie die Vereinigten Staaten das von uns fordern, weil ein Beispiel eine Frage des Geistes ist und ein geistiges Element Grenzen überschreiten kann. Aber wir werden unsere Garantie geben, dass keine Waffen von Kuba transportiert werden, die für Kämpfe in irgendeinem lateinamerikanischen Land vorgesehen sind.“

Die Unterstützung der kubanischen Regierung für ländliche Guerillakriege in bestimmten Gebieten Lateinamerikas, hauptsächlich in den Jahren 1964–67, war in der Tat sehr wählerisch. Die Castroisten unterstützten verschiedene „demokratische“ nationalistische bürgerliche Regime in Lateinamerika, von denen sie sich vorstellten, dass sie ein Gegengewicht zu den Imperialisten darstellen würden. Kubas Außenpolitik folgt der Logik von Stalins „Sozialismus in einem Land“, d.h. Gegnerschaft zur internationalen Revolution in der Hoffnung, die Feindseligkeiten der Imperialisten zu beschwichtigen und kapitalistischen Regimen Auftrieb zu geben, die bereit sind, mit dem eigenen nichtkapitalistischen Staat „befreundet“ zu sein. Insbesondere unterstützte Castro die nationalistischen Regime von Jânio Quadros und João Goulart in Brasilien Anfang der 60er-Jahre. 1969 begrüßte Castro die peruanische Militärjunta als „eine Gruppe progressiver Offiziere, die eine revolutionäre Rolle spielen“.

Doch der größte Verrat kam mit Fidels politischer Unterstützung für Salvador Allendes Unidad Popular in Chile. Castro leugnete die Notwendigkeit für Revolution und befürwortete den „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ als er 1971 erklärte: „Es gab niemals einen Widerspruch zwischen den Konzepten der Kubanischen Revolution und dem Weg, den die linke Bewegung und die Arbeiterparteien in Chile beschreiten.“ Allendes Volksfront-Koalition mit kapitalistischen chilenischen Parteien entwaffnete die Arbeiterklasse politisch, von der verlangt wurde, ihr Vertrauen in die „verfassungstreue“ Armee und die „demokratische“ Bourgeoisie zu setzen. Das Ergebnis dieses Verrats war der blutige Militärputsch von Pinochet am 11. September 1973 und das Massaker an über 30000 Gewerkschaftern, Linken und anderen.

Als die nicaraguanischen Massen 1979 die Somoza-Diktatur



Newsweek

Kubanischer Militäreinsatz 1975 in Angola verhinderte Eroberung durch Südafrika und half, Kämpfe unterdrückter schwarzer Massen Südafrikas zu inspirieren

zerschlugen, lag der kapitalistische Staat in Trümmern, was den Weg zur sozialen Revolution öffnete. Wir sagten: „Nicaragua: Verteidigt, vollendet die Revolution! Weitet sie aus!“ Doch Castro riet damals der Sandinista-Regierung, „die frühen Fehler zu vermeiden, die wir in Kuba gemacht haben: die politische Ablehnung durch den Westen, voreilige frontale Angriffe auf die Bourgeoisie, wirtschaftliche Isolierung“. Unter einer „gemischten Wirtschaft“ und dem Druck der CIA-unterstützten „Contras“ war die nicaraguanische Bourgeoisie in der Lage, ein Jahrzehnt später die Kontrolle wiederzuerlangen und die Revolution niederzuschlagen.

Heute ist es der kapitalistische starke Mann in Venezuela, Hugo Chávez, den Castro als den neuen Revolutionär für das 21. Jahrhundert hochhält. Für jene, die auf der Insel leben, mag das reizvoll klingen. Seit 2003 hat Chávez schätzungsweise vier Milliarden Dollar in verschiedene Bereiche der kubanischen Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistung und Infrastruktur investiert. 2006 kam Venezuela für 35,4 Prozent des gesamten kubanischen Handelsvolumens auf. In seinem eigenen Land schöpfte Chávez etwas von den enormen Profiten ab, die durch die steigenden Ölpreise entstanden, um eine Reihe von sozialen Maßnahmen zu finanzieren.

Als Marxisten rufen wir im Falle eines von den USA gesponserten Putsches, wie 2002, zur militärischen Verteidigung des Chávez-Regimes auf. Jedoch geben wir Chávez keine politische Unterstützung. Die reformistische Linke vertieft die Illusionen, dass Venezuela „sozialistisch“ sei oder auf dem Weg zum Sozialismus. Jedoch gibt es einen qualitativen Unterschied zwischen Kuba und Venezuela. In Kuba wurde der bürgerliche Staat zerschlagen und die Bourgeoisie als Klasse enteignet. Chávez kam durch einen Prozess von bürgerlichen Wahlen an die Macht und herrscht an der Spitze eines *kapitalistischen Staats*. Die venezolanische Bourgeoisie ist quicklebendig und die Imperialisten machen weiterhin gute Geschäfte mit Venezuela. Obwohl Chávez den Staatsanteil an Industrien wie Öl, Elektrizität, Stahl- und Zementproduktion erhöhte, stellen diese stückweisen Nationalisierungen keine Bedrohung für das kapitalistische Privateigentum dar. Solche Maßnahmen wurden typischerweise von anderen lateinamerikanischen Populisten durchgeführt, wie in den 30er-Jahren von Lázaro Cárdenas in Mexiko, in den 40er- und 50er-Jahren von Juan Perón in Argentinien und in den 50er-Jahren von Gamal Abdel Nasser in Ägypten. Als ehemaliger Armee-Oberst ist Chávez ein bonapartistischer Herrscher, der populistische Maßnahmen benutzt, nicht um eine soziale Revolution herbeizuführen, sondern um sie *abzuwenden* – indem er die mittellosen Massen fester an den venezolanischen kapitalistischen Staat bindet.

Pro-Castro-Linke führen regelmäßig Kubas Interventionen in Afrika als Beweis seines Internationalismus an. Nach dem Niedergang des portugiesischen Kolonialismus in Afrika 1974/75 wurde Angola von mörderischen Konflikten zwischen rivalisierenden nationalistischen Kräften heimgesucht, bei denen Marxisten keine Seite hatten. Aber als die südafrikanische Apartheid-Armee, unterstützt von den USA, in Angola einmarschierte, schickte Kuba mit Unterstützung der Sowjets Truppen, die an der Seite der angolanischen Nationalisten der MPLA kämpften und es schafften, die südafrikanischen Streitkräfte und deren angolanische Verbündete zu zerschlagen. Obwohl wir die MPLA politisch nicht unterstützten, bezogen wir militärisch eine Seite mit der MPLA, den kubanischen Streitkräften und deren sowjetischen Ratgebern in diesem Stellvertreterkrieg mit den US-Imperialisten.

Die heroischen Kämpfe, die von den kubanischen Truppen geführt wurden, zerschmetterten den Mythos der Unverletzlichkeit der Apartheid-Armee und halfen, die Revolten in Soweto 1976 und andere Kämpfe der unterdrückten schwarzen



Pathfinder

Die IKL steht in der Tradition von James P. Cannon (links) und des Kampfes der SWP zur Verteidigung des trotzkistischen Programms gegen pabloistischen Revisionismus. Rechts: Ernest Mandel (am Mikro) und Michel Pablo verwarfen den Trotzkismus, um Stalinisten und kleinbürgerlichen Guerillakräften hinterherzulaufen



Le Bolchévik

zen Massen Südafrikas zu inspirieren. Jedoch ist es wichtig anzumerken, dass der Sturz des Kapitalismus in Afrika niemals das Ziel der kubanischen oder sowjetischen Stalinisten war. So wie sie das korrupte bürgerliche Regime der MPLA in Angola finanzierten, unterstützten Kuba und die UdSSR seit den 70er-Jahren auch die brutale Diktatur von Mengistu in Äthiopien. In Südafrika, das das größte Proletariat Afrikas südlich der Sahara besitzt, haben die Stalinisten seit 1928 eine Allianz mit dem bürgerlichen African National Congress (ANC) unterstützt. Heute ist das Apartheid-Regime weg, aber die schwarzen Massen bleiben am Boden der Gesellschaft unter einem Neo-Apartheid-Regime, das vom ANC, der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und den Spitzen der COSATU-Gewerkschaftsföderation verwaltet wird.

Obwohl Kuba seit fast einem halben Jahrhundert den Feindseligkeiten des US-Imperialismus ausgesetzt ist, macht Castros Autobiografie seinen Appetit auf „Entspannung“ mittels eines „fortschrittlichen“ Flügels des amerikanischen Imperialismus – d.h. die Demokratische Partei – klar. Es gibt reichlich wohlmeinende Anmerkungen zu Präsidenten von der Demokratischen Partei. „[Franklin Delano] Roosevelt war meiner Meinung nach einer der besten Staatsmänner, die unser Nachbar im Norden jemals hatte.“ „Ich hatte immer eine hohe Meinung von [Jimmy] Carter als Ehrenmann, ein ethischer Mensch. Seine Politik gegenüber Kuba war konstruktiv.“ Von seinem Interviewer befragt, ob Clinton (der zweimal das Embargo gegen Kuba verschärfte) „konstruktiver“ war, antwortet Castro: „Ja, er war nicht sonderlich fordernd. Aber Clinton beerbte diese ganze Gemeinschaft, er beerbte all die Kampagnen, die gegen Kuba geführt wurden, und es gab wenig, was er tun konnte, um sich anständiger zu benehmen.“ Selbst Kennedy – mit der Invasion in der Schweinebucht und dem ganzen Drum und Dran – wird entschuldigt: „Ich denke, dass Kennedy ein Mann von großem Enthusiasmus war, sehr intelligent, mit persönlichem Charisma, der versuchte, positive Dinge zu tun... Er gab 1961 grünes Licht für die Invasion am Playa Girón, doch wurde diese Operation nicht von ihm vorbereitet – sie wurde von der vorherigen Eisenhower-Nixon-Administration zusammengestellt.“ Castro folgt in den Fußstapfen der Kreml-Stalinisten und der Kommunistischen Partei der USA, die seit den Tagen von Franklin Delano Roosevelt hauptsächlich die kapitalistische Demokratische Partei unterstützten.

Die nachsowjetische Welt

Wie immer besonders feinfühlig, was die kleinbürgerliche öffentliche Meinung angeht, trommelten die Pabloisten bei den ersten Anzeichen des zweiten Kalten Kriegs in den

späten 70er-Jahren zum Rückzug von ihrem früheren Enthusiasmus für bäuerlichen Guerillakampf. Sie stimmten für die Einsetzung der antikommunistischsten Volksfront-Regierungen, wie die des französischen „Sozialisten“ Mitterrand 1981. Die imperialistische Kampagne für „Demokratie“ und „Menschenrechte“ nachplappernd, unterstützten sie jeden beliebigen Gegner der sowjetischen Regierung. Das schloss die Unterstützung der polnischen Solidarność in den 80er-Jahren mit ein, die die Speerspitze der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa bildete. In den USA übernahm Socialist Action sogar das Logo von Solidarność für den Titel ihrer Zeitung. Der verstorbene Ernest Mandel, Führer des VS, bejubelte diese klerikalen Reaktionäre, die von der CIA und dem Vatikan unterstützt wurden, als „die besten Sozialisten der Welt“.

Im Nachhinein pries das VS sogar die estnischen Nazis von den „Waldbrüdern“ als „Freiheitskämpfer“ an. VS-Gruppen, wie auch die Militant-Tendenz von Peter Taaffe und Alan Woods, heulten mit den imperialistischen Wölfen und unterstützten Boris Jelzins konterrevolutionären Putsch 1991 in Moskau. Heute bejubelt die reformistische Linke den von der CIA unterstützten Dalai Lama und die „Free-Tibet“-Bewegung gegen den deformierten Arbeiterstaat China.

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga kämpften bis zum Schluss gegen Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR und in Ost- und Mitteleuropa, so wie es Trotzki von seinen Unterstützern forderte. Im Kontrast zur Weigerung der vorgeblichen Trotzkisten, die UdSSR im Gefolge der sowjetischen Intervention, die im Dezember 1979 begann, gegen die von der CIA bewaffneten Mudschaheddin zu verteidigen, sagten wir: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!“ In einer Erklärung von 1991 appellierten wir an sowjetische Arbeiter: „Zerschlagt Jelzins und Bushs Konterrevolution!“ Wir riefen das Proletariat dazu auf, Sowjets mit dem Programm des bolschewistischen Internationalismus zu bilden. 1989/90 in der DDR waren wir einmalig mit unserer Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung, als das zerfallende stalinistische Regime der SED-PDS jammerte, dass die kapitalistische Restauration in einer humanen Art und Weise vollzogen werden sollte. Wir riefen zu einem roten Rätedeutschland auf – durch politische Revolution in der DDR und sozialistische Revolution in Westdeutschland. Wir initiierten eine massive Mobilisierung, die dann von der SED-PDS unterstützt wurde, in Berlins Treptower Park am 3. Januar 1990 gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals und zur Verteidigung der UdSSR und der DDR. Es war das erste Mal seit den Zeiten von Trotzkis



Spartakist

Ost-Berlin, 3. Januar 1990: Spartakistin spricht zu IKL-initiiertes Kundgebung von 250 000 im Treptower Park gegen faschistische Schändung von sowjetischem Ehrenmal und in Verteidigung der Arbeiterstaaten DDR und Sowjetunion

Linker Opposition in den späten 20er-Jahren in Russland, dass Trotzisten von einer öffentlichen Rednerbühne in einem Arbeiterstaat sprachen.

Die Zerstörung der UdSSR hatte verheerende Folgen für Kuba. Die kubanische Wirtschaft wurde von der UdSSR kräftig subventioniert; in den 80er-Jahren machte das bis zu 36 Prozent des kubanischen Nationaleinkommens aus. Die kubanische Wirtschaft machte eine dramatische Schrumpfung durch, mit einem starken Fall des Wirtschaftsaufkommens pro Kopf um 40 Prozent bis 1993. Das bedeutete Stromausfall, Mangel an Waren des täglichen Bedarfs und eine knappe Nahrungsmittelrationierung für die kubanische Bevölkerung in einer Zeit, die als „besondere Periode in Friedenszeiten“ bekannt ist. Als Reaktion darauf führte die Regierung eine Reihe von „Marktformen“ ein, unter anderem die Legalisierung des Besitzes und Umtausches der US-Währung. Diese „Dollarisierung“ führte zu scharfen und wachsenden Einkommensunterschieden, die Frauen und schwarze Kubaner am härtesten trafen. In den jüngsten Jahren versuchte die Regierung die Abhängigkeit von imperialistischen Investitionen zu reduzieren, indem sie neue Handelsabkommen mit Chávez' Venezuela und mit China abschloss. Doch die wirtschaftliche Situation bleibt für die meisten Kubaner düster, die gezwungen sind, selbst viele Alltagswaren auf dem Schwarzmarkt zu erstehen.

Der ehemalige US-Präsident Carter reiste 2002 nach Kuba, bestrebt, das US-Embargo zu lockern und somit eine wirtschaftliche Durchdringung der Insel zu ermöglichen. Auf dieser Reise verlieh Carter der Varela-Petition Vorschub, die von pro-imperialistischen Dissidenten ins Leben gerufen wurde und Forderungen nach dem Recht für privates Unternehmertum, Amnestie der politischen Gefangenen und „freie Wahlen“ enthält.

Der Ruf nach „freien Wahlen“ ist ein Aufruf, „bürgerliche Demokratie“ gegen den kubanischen Arbeiterstaat zu unterstützen, d. h. *Konterrevolution*. Wir sind für *Arbeiterdemokratie*. Wie 1964 der Spartacist-Unterstützer gegenüber Guevara klar machte, sind wir für das Recht aller Tendenzen, die die Errungenschaften der Kubanischen Revolution verteidigen, sich politisch zu organisieren. Die Arbeiterklasse muss ihre Herrschaft durch Sowjets ausüben. Wir verurteilen jene wie Olivier Besancenot, ein prominenter Sprecher für die französische Ligue communiste révolutionnaire, die führende Sektion des VS, der dieses

Jahr seine Unterstützung für „freie Wahlen“ auf Kuba erklärte.

Zu ihrer Ehre unterstützt die kubanische Regierung das Anliegen von Mumia Abu-Jamal, Amerikas bekanntestem politischen Gefangenen in der Todeszelle. Jedoch übt Kuba die Todesstrafe aus, auch wenn Raúl Castro neulich die Todesurteile von fast allen Gefangenen in Kubas Todeszellen umgewandelt hat. Wir sind aus Prinzip gegen die Todesstrafe, in Kuba und China ebenso wie in kapitalistischen Ländern. Als 2003 drei Bootsentführer hingerichtet wurden, versuchten die Pro-Castro-Kriecher von Socialist Action das zu rechtfertigen, indem sie auf die Hinrichtungen hinwiesen, die von den Bolschewiki während des Bürgerkriegs ausgeführt wurden. Wir antworteten in *Workers Vanguard* Nr. 805 (6. Juni 2003):

„Marxisten – die Bolschewiki eingeschlossen – sind gegen die barbarische Institution der Todesstrafe. Die Bolschewiki führten einen revolutionären Terror zur Verteidigung des neuen Arbeiterstaats durch, mit dem Verständnis, dass der Krieg gegen die Konterrevolution eine vorübergehende Episode sein würde, die vorübergehende und drastische Maßnahmen erfordert. Doch das Strafgesetz war eine dauerhafte Einrichtung des proletarischen Staates. Als die Todesstrafe 1922, anstatt nur ein Kriegsakt zu sein, zu einem Teil des Strafgesetzes gemacht wurde, war dieser Schritt nur als vorübergehende Maßnahme vorgesehen... Und wie so viele andere Maßnahmen, die nur vorübergehend vom jungen Arbeiterstaat angewandt wurden, wurden diese Maßnahmen mit der stalinistischen politischen Konterrevolution dauerhaft gemacht und in das groteskste Gegenteil von dem verkehrt, was die Bolschewiki im Sinn hatten.“

Die Hinrichtung der Bootsentführer war kein Fall von beschleunigter Justiz einer Arbeiterregierung in einer Bürgerkriegssituation. Wir wissen sehr genau, dass die Castro-Regierung ihren prosozialistischen Gegnern Unterdrückung widerfahren lässt, einschließlich der Trotzisten in den 60er-Jahren. Und es war im Namen der „Verteidigung der Revolution“, dass Castro 1989 die Hinrichtung von General Ochoa, einem Kriegshelden in Angola, anordnete – nach einem stalinistischen Schauprozess, der an die Moskauer Säuberungen in den späten 30er-Jahren erinnerte.

Wir unterstützen Maßnahmen, die zur Verteidigung der Kubanischen Revolution unternommen werden, einschließlich der Inhaftierung jener „Dissidenten“, die aktiv mit dem US-Imperialismus zusammenarbeiten. Aber wir geben nichts auf die Fähigkeit der Bürokratie, die Konterrevolutionäre wegzufegen. Castros Einladung an Carter diente nur der Ermutigung der Reaktionäre, so wie das andauernde Suchen nach „Entspannung“ mit dem Imperialismus den kubanischen Arbeiterstaat unterminiert. Das Wesentliche dessen, was wir 1965 in unserem Artikel „Freedom for Cuban Trotskyists!“ geschrieben haben, bleibt auch heute wahr:

„Die Kubanische Revolution muss ihre gegenwärtige nationalistische Ideologie von ‚friedlicher Koexistenz‘ ersetzen ... durch eine revolutionäre Außenpolitik, eine Orientierung auf die lateinamerikanische Revolution, um konkret die revolutionäre Bewegung in Lateinamerika als Teil einer Weltbewegung aufzubauen und ihr Führung zu geben. Intern die Errichtung von wirklicher Arbeiterdemokratie, die Schaffung von Sowjets – Arbei-

terräten –, gewählte vertretende Organe der Arbeitermacht, und die Wiederherstellung des reichen internen Lebens, das für jede revolutionäre Bewegung zur Niederbringung von Bürokratie lebensnotwendig ist.“

Revolutionäre in den USA, der Bastion des Weltimperialismus, haben eine besondere Pflicht, Kuba gegen kapitalistische Restauration und den US-Imperialismus zu verteidigen. Wir kämpfen für die Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei, Sektion einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, die der multirassischen Arbeiterklasse in den USA das Verständnis gibt, dass die Verteidigung der Kubanischen Revolution ein integraler Bestandteil ihres Kampfes gegen die amerikanischen kapitalistischen Ausbeuter und für den Kampf für sozialistische Revolution ist. **Verteidigt die Kubanische Revolution! Für proletarisch-politische Revolution, um die Bahn zum Sozialismus frei zu machen! Für neue Oktoberrevolutionen!■**



L. Y. Leonidow

1919, Jahrestag der Russischen Revolution: Bolschewistische Führer W. I. Lenin und Leo Trotzki auf dem Roten Platz in Moskau

Georgien...

Fortsetzung von Seite 1

Imperialisten nicht militärisch, und der Konflikt drehte sich um die Verteidigung der nationalen Rechte des tschetschenischen Volkes gegen Russlands mörderischen Versuch, die Provinz von neuem zu unterjochen. Wir riefen zur militärischen Verteidigung der tschetschenischen Streitkräfte und zur Verteidigung der Unabhängigkeit Tschetscheniens auf. Wir sagten: Nieder mit der russischen Invasion Tschetscheniens! (siehe: „Independence for Chechnya! Russian Troops Out Now!“ [Unabhängigkeit für Tschetschenien! Russische Truppen raus, sofort!], *Workers Vanguard* Nr. 840, 21. Januar 2005).

Die Situation der georgischen Regierung gegenüber Wladimir Putins Russland heute unterscheidet sich davon erheblich. Saakaschwili wurde mindestens seit 1999 zur Marionette des US-Imperialismus aufgebaut, als er einen „Führungskurs“ des Außenministeriums in Washington besuchte. Er kam 2004 im Zuge einer Reihe farbgekodierter „Revolutionen“ an die Macht, die von den USA finanziert und arrangiert worden waren, um dem russischen Einfluss in der Region entgegenzuwirken und gefügige proamerikanische Regime einzurichten. Washington hat seine westeuropäischen Alliierten in aller Schärfe dazu gedrängt, Georgien (und die Ukraine) als Vollmitglieder der NATO zu akzeptieren, und Tiflis zeichnet sich dadurch aus, dass es die einzige Großstadt auf der Welt ist, die mit ihrem internationalen Flughafen durch eine nach US-Präsident George W. Bush benannte Autobahn verbunden ist! Saakaschwilis Armee wurde von den USA und ihren israelischen Alliierten aufgebaut und ausgebildet. Und Georgien, mit einer Bevölkerung von weniger als fünf Millionen, hat im Irak ein Truppenkontingent von 2000 Soldaten – das drittgrößte nach den USA und Britannien –, das nach dem russischen Gegenangriff von den USA auf dem Luftweg zurück nach Georgien verfrachtet wurde.

Die *New York Times* (13. August) behauptete in einer Titelseite, dass Georgien „uneinheitliche US-Mitteilungen“ bezüglich seiner geplanten Invasion Südossetiens erhalten habe. Doch ein Foto in derselben Ausgabe strafte diese Behauptung Lügen. Es zeigte fünf regionale US-Lakaien aus Polen, der Ukraine und den baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen – von den US-Imperialisten seit langem als „unterjochte Nationen“ des „Sowjetimperiums“ bezeichnet – auf einem inszenierten Solidaritätsbesuch bei Saakaschwili vier Tage nach dem russischen Gegenangriff. Die Zeitung *Stars and Stripes* (9. August) des US-Militärs berichtete, dass eine NATO-Militärübung in Georgien, an der auch tausend US-Soldaten teilnahmen, am Vorabend der georgischen Invasion beendet worden sei. Die georgische Armee wurde auch von israelischen Militär-„beratern“

unterstützt. Das gut informierte Pariser Satirejournal *Le Canard Enchaîné* (20. August) berichtete:

„Die Rolle der amerikanischen Berater war möglicherweise nicht auf die Bereitstellung technischer Unterstützung für die georgische Artillerie beschränkt. Wenn man dem glauben kann, was im Hauptquartier des Vereinigten Generalstabs [Frankreichs] in Paris gesagt wurde, so folgten die Georgier einem Vorschlag dieser US-Offiziere, als sie noch vor dem Vormarsch ihrer Truppen Hunderte von Boden-Boden-Raketen auf die ossetische Hauptstadt abschossen.“

Heute ist Russland nicht länger der wirtschaftlich hoffnungslose Fall wie in den Jahren nach der kapitalistischen Konterrevolution von 1991/92, die den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat zerstörte. Reich geworden durch Petrodollars auf Grund des hohen Ölpreises war Putin in der Lage, das russische Militär wiederaufzubauen und klarzustellen, dass er bereit ist, die USA herauszufordern, um Russlands Rolle als die Großmacht in der Region wieder geltend zu machen. Am 26. August erkannte Russland formell die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens, einer anderen abtrünnigen Provinz, an.

Russlands demütigende Ohrfeige für Washingtons Handlanger Tiflis löste in US-imperialistischen Kreisen eine Welle von Beschimpfungen aus. Bush stimmte lächerlicherweise die Klage an, in ein fremdes Land einzumarschieren sei „nicht hinnehmbar im 21. Jahrhundert“ – und das nur wenige Tage bevor die US-Besatzer ein blutiges Massaker an etwa 95 afghanischen Zivilisten begingen, darunter 50 Kinder! Die USA brachten dann eine lange geplante Abmachung unter Dach und Fach, ein Anti-Raketen-„Abwehr“-System in Polen zu installieren – das erste in einem Land des ehemaligen Sowjetblocks – und amerikanische Truppen dort zur Bedienung zu stationieren. So viel zu Washingtons Behauptungen, eine solche Anti-Raketen-Verteidigung sei nicht gegen Russland, sondern gegen den Iran gerichtet, der weder Interkontinentalraketen noch Atomsprenköpfe besitzt!

Die kapitalistische Restauration in der Sowjetunion ebnete der Entstehung einer „Eine-Supermacht-Welt“ den Weg und ermutigte die US-Imperialisten – nicht mehr durch sowjetische militärische Stärke angefochten – zu ihren militärischen Abenteuern im Ausland. Die USA haben seitdem Stützpunkte in ganz Zentralasien und anderswo an der Peripherie Russlands errichtet, die nicht nur auf die Einkreisung des kapitalistischen Russlands zielen, das immer noch die zweitgrößte Atommacht ist, sondern auch auf die Chinas, des größten und mächtigsten der verbliebenen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten. Wir rufen auf zu bedingungsloser militärischer Verteidigung Chinas – und der anderen deformierten Arbeiterstaaten Kuba, Nordkorea und Vietnam – gegen Imperialismus und innere Konterrevolution



Getty

12. August: Nach russischem Einmarsch in Georgien posieren Satrapen des US-Imperialismus in der Region – die Präsidenten Polens, der Ukraine, Litauens, Estlands und Lettlands – zusammen mit dem georgischen Präsidenten Saakaschwili in Tiflis, um Unterstützung zu signalisieren

und fordern: *US-Stützpunkte raus aus Osteuropa, Zentralasien, dem Kaukasus und dem Nahen Osten!*

Die europäischen imperialistischen Mächte, vor allem Frankreich und Deutschland, haben ihr eigenes Süppchen in der Region am Kochen. Der Kaukasus und Zentralasien sind entscheidend für den Zugang der USA und Westeuropas zu kaspischem und zentralasiatischem Öl und Gas. Die riesige 1770 km lange Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan – eine von dreien, die dazu gebaut wurden, Westeuropa unter Umgehung russischen Territoriums und möglicher russischer Kontrolle über den Ölfluss zu versorgen – durchquert Georgien. Ein Teil der deutschen Bourgeoisie will die Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgasimporten aus Russland verringern, die ein Drittel bzw. fast die Hälfte des EU-weiten Bedarfs decken, ein anderer Teil sieht seine Interessen besser durch eine engere Zusammenarbeit mit Russland gewahrt. Diese Differenzen widerspiegelnd verfolgen Merkel und die CDU eine Strategie mehr im Fahrwasser der Vereinigten Staaten, während die SPD eine Strategie unabhängiger von den USA, im Bündnis mit Frankreich und offener gegenüber Russland verfolgt. In jedem Fall ist der deutsche Imperialismus bestrebt, den Einfluss von Russland und den USA in der Region auszubalancieren, um den eigenen Einfluss auszubauen. Frankreich wie Deutschland waren gegen den Eintritt Georgiens in die NATO und versuchen nun, wenigstens den Zeitpunkt seines NATO-Beitritts zu verzögern. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy führte als gegenwärtiger Ratspräsident der Europäischen Union den Vorsitz bei dem ersten Waffenstillstandsabkommen zwischen Russland und Georgien. Inzwischen sind europäische Militär-„beobachter“ Teil einer UN-„Friedenstruppe“, die seit 1993 in Georgien entlang der Grenze zu Abchasien stationiert ist. *UNO raus aus Georgien, sofort! EU/OSZE – Hände weg vom Kaukasus!*

Die Demokraten, die andere Partei des US-Imperialismus

Die beiden voraussichtlichen Kandidaten für das Amt des imperialistischen Oberbefehlshabers in den USA, der Republikaner John McCain und der Demokrat Barack Obama, beeilten sich, Russland zu verurteilen. Beide riefen dazu auf, Georgiens Antrag auf NATO-Mitgliedschaft im „Eilverfahren“ zu behandeln. Nur Tage vor seiner Auswahl als Obamas Kandidat für die Vizepräsidentschaft stattete der demokratische Senator Joseph Biden Georgien demonstrativ einen Besuch ab. Bei seiner Rückkehr erklärte Biden: „Ich verließ das Land in der Überzeugung, dass die russische Invasion Georgiens eines der bedeutsamsten Ereignisse ist, die sich in Europa seit dem Ende des Kommunismus zuge-

tragen haben“ (*Washington Post* online, 18. August). Bidens Tirade haut in die gleiche Kerbe wie Obamas Berliner Rede vom 24. Juli, in der dieser den antisowjetischen Kreuzzug der USA als ein Modell pries, wie Washington heutzutage seine globalen Interessen wieder geltend machen kann.

Tatsächlich zielt die von der reformistischen Linken bejubelte vorsichtige und uneinheitliche Opposition von Obama zu Krieg und Besetzung im Irak darauf ab, die Fähigkeit des – durch die katastrophale Politik der Bush-Regierung im Irak geschwächten – US-Imperialismus zur globalen militärischen und diplomatischen Machtentfaltung wiederherzustellen. Obama machte das deutlich in einem Artikel über „Wiederherstellung amerikanischer Führerschaft“ in *Foreign Affairs* (Juli/August 2007), wo er sich für eine „verantwortungsvolle Beendigung“ der US-Besetzung des Irak ausspricht, um amerikanische Streitkräfte und Operationen rund um die Welt umzugruppieren und erheblich auszuweiten. Obama steht voll hinter der mörderischen Besetzung Afghanistans und ruft dazu auf, dort weitere 10 000 US-Soldaten zu stationieren. Nicht zufällig ist Obamas außenpolitischer Berater ein gewisser Zbigniew Brzezinski, ein Veteran des zweiten Kalten Krieges, der eine zentrale Figur in der demokratischen Carter-Regierung war, als diese einen antikommunistischen „Menschenrechts“kreuzzug gegen die Sowjetunion in Gang setzte. Dies beinhaltete massive Unterstützung für islamische Reaktionäre in Afghanistan gegen die Sowjetarmee, die dort Ende 1979 zur Verteidigung der UdSSR an ihrer südlichen Flanke und auf Seiten elementaren menschlichen Fortschritts intervenierte.

Tiefer Hass auf die Bush-Bande bei Arbeitern und Minderheiten in den USA und international darf nicht die Tatsache verschleiern, dass die Demokraten die andere Partei von imperialistischem Krieg und Rassismus sind. Wir sind gegen die Unterstützung jedweden kapitalistischen Politikers – ob McCain, Obama oder Cynthia McKinney von den Grünen. Wir sind für die vollständige politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse. Unser Ziel ist die Schmiedung einer revolutionären multirassischen Arbeiterpartei, die dafür kämpft, das kapitalistische System durch Arbeiterrevolution zu stürzen und eine Arbeiterregierung zu errichten. *Alle US-Truppen raus aus Irak und Afghanistan, sofort!*

Leninismus und die nationale Frage

Während die bürgerlichen Medien Georgiens „demokratische“ Ansprüche gegenüber einer unaufhörlichen Aggression eines angeblich zeitlosen „russischen Imperialismus“ aufbauschen, sind sie voll von historischen Bezügen auf das „fortschrittliche“ menschwistische Regime Georgiens von 1918–21. So sprach die *New York Times* (10. August) davon: „als bolschewistische Truppen Georgiens aufregendes, und kurzes, erstes Experiment mit liberaler Herrschaft zerschlugen“. Vom Standpunkt der proletarischen Revolution war die Unterdrückung des menschwistischen Georgiens, das weder „demokratisch“ noch „unabhängig“ war, absolut korrekt und notwendig.

Im Gefolge der proletarischen Machtergreifung in der Oktoberrevolution von 1917 setzten Lenins Bolschewiki ihr Bekenntnis zur Garantie des Rechtes auf Selbstbestimmung für die Vielzahl der vom zaristischen Völkergefängnis unterdrückten Völker sofort in die Tat um. Die leninistische Position in der nationalen Frage ging von vollständiger Gleichheit aller Nationen und Völker aus. Ziel war es, die nationale Frage von der Tagesordnung zu bekommen und jedem bürgerlichen Nationalismus einen Appell an die Arbeiter für internationale Einheit im Klassenkampf entgegenzustellen.

Dem revolutionären Russland wurde durch die vom Imperialismus unterstützten weißen Reaktionäre und durch direkte imperialistische Militärintervention von 14 kapitalistischen Armeen ein dreijähriger Bürgerkrieg aufgezwungen.

Jene Länder – wie Georgien, Polen, Finnland und die baltischen Staaten –, die nach der Erlangung ihrer Unabhängigkeit von Russland kapitalistisch blieben, wurden Bollwerke reaktionären Terrors gegen die Arbeiterklasse und Brückenköpfe für imperialistische Intrigen gegen den Sowjetstaat.

In seiner Streitschrift *Zwischen Imperialismus und Revolution* von 1922 entlarvte der bolschewistische Führer Leo Trotzki den Mythos des „demokratischen“, „unabhängigen“ Georgien, der von den Imperialisten und ihren sozialdemokratischen Handlangern damals verbreitet wurde und heute von den bürgerlichen Medien wiedergekaut wird, indem er die Menschewiki selbst zitiert. Im Dezember 1918 versicherte der georgische Menschewik Topuridse den imperialistischen Alliierten: „Ich nehme an, dass unsere Republik mit allen Mitteln und aus allen Kräften die alliierten Großmächte im Kampf gegen die Bolschewiki unterstützen wird.“ In einem weiteren Beispiel berichtet Trotzki von der brutalen Unterdrückung eines Bauernaufstands in Ossetien und zitiert den menschewistischen Führer Valiko Dschugeli, der sich an dem Massaker ergötzte: „Überall rings um uns brennen die ossetinischen Dörfer... [Wir werden] grausam sein. Ja, wir werden es sein“, und Dschugeli erinnerte an einen anderen Menschewik, der ihm erzählt habe: „Ich beginne Nero und den großen Brand von Rom zu verstehen“, wobei er „auf diese nächtlichen, leuchtenden Feuer blickte“.

Als die Menschewiki, die sich der proletarischen Revolution in Russland widersetzt hatten, Anfang 1918 in Georgien die Macht übernahmen, trieben sie die georgischen Kommunisten in den Untergrund. Das „unabhängige“ Georgien bat umgehend die imperialistische deutsche Armee ins Land und übergab nach der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg die Zügel an die britischen Imperialisten. In Zusammenarbeit mit armenischen und georgischen Nationalisten arrangierten die britischen Imperialisten die Niederschlagung des Bakuer Sowjets von 1918, der sich auf aserbaidschanische, armenische, georgische und russische Ölarbeiter stützte und der das bolschewistische Machtzentrum im Kaukasus war. Die 26 bolschewistischen Führer des Sowjets wurden später gefangen und im September 1918 auf Geheiß der Briten hingerichtet. Trotzki widmete seine Streitschrift jenen heroischen Kommunisten und den Hunderttausenden anderen, die vom georgischen und anderen bürgerlichen Regimen im Kaukasus verfolgt und hingemetzelt wurden.

Als im Februar 1921 in Georgien ein kommunistisch geführter Aufstand ausbrach, marschierte die Rote Armee schließlich ein und fegte die vom Imperialismus unterstützte menschewistische Regierung hinweg, führte Arbeiterherrschaft ein und brachte wirkliche nationale Befreiung. Wie Trotzki in seiner Streitschrift erläuterte:

„Wir erkennen das Prinzip der Selbstbestimmung nicht nur an, sondern unterstützen es auch nach Kräften dort, wo es gegen die feudalen, kapitalistischen, imperialistischen Staaten gerichtet ist. Dort aber, wo die Fiktion der Selbstbestimmung sich in den Händen der Bourgeoisie in eine Waffe verwandelt, die gegen die Revolution des Proletariats gerichtet ist, haben wir gar keinen Grund, uns zu dieser Fiktion anders zu verhalten, als zu den andern ‚Prinzipien‘ der Demokratie, die durch das Kapital in ihr Gegenteil verwandelt worden sind.“

Für Marxisten ist das Recht auf nationale Selbstbestimmung kein absolutes Prinzip. Im Falle Georgiens 1921 war es der Verteidigung der proletarischen Revolution untergeordnet. Ähnlich war 1914 mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Frage des Rechts kleiner von der einen oder anderen imperialistischen Macht besetzter Nationen dem Prinzip des revolutionären Defätismus gegen alle imperia-

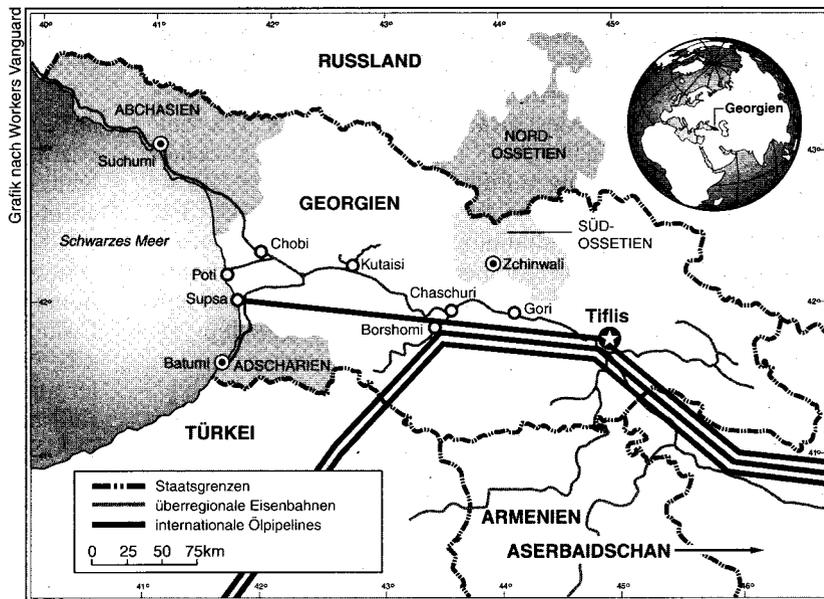
listischen Kriegsteilnehmer untergeordnet. So lehnten es die revolutionären serbischen Sozialdemokraten zu Recht ab, für serbische Selbstbestimmung einzutreten, nachdem das Land vom österreich-ungarischen Reich überrannt worden war.

Ein jüngeres Beispiel ist der von den USA angeführte Krieg gegen Serbien von 1999, den die demokratische Clinton-Regierung im Namen der Beendigung von „ethnischen Säuberungen“ im Kosovo führte. Ein Großteil der reformistischen Linken rührte international im Namen des „armen, kleinen Kosovo“ die Trommel für den „Menschenrechts“-Imperialismus, wobei einige sogar die direkte imperialistische Invasion unterstützten. Wir haben seit jeher das Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner, einschließlich des Rechts auf Gründung ihres eigenen Staates oder Eingliederung in ein „Groß“-Albanien, verteidigt. Doch während der Kriegsvorbereitungen und während des US/NATO-Krieges wurde diese Frage unserer Position des revolutionären Defensismus untergeordnet: militärische Verteidigung Serbiens ohne jegliche politische Unterstützung für das revanchistische Regime in Belgrad. Dies blieb auch gültig, als die NATO-Streitkräfte nach dem Krieg von 1999 die serbische Armee als tatsächliche Staatsmacht im Kosovo ersetzten. Wie wir in „Balkan-Verstrickungen“ (*Spartakist* Nr. 143, Frühjahr 2001) schrieben: „Jetzt, wo das Kosovo ein NATO-Protectorat ist, kann es keinen unabhängigen Kampf für nationale Rechte der ethnischen Albaner oder irgendeiner anderen nationalen Minderheit in der Region geben, wenn dieser nicht zuallererst danach trachtet, die imperialistischen ‚Friedenstruppen‘ hinauszuerwerfen.“

Der Schwindel der „Unabhängigkeitserklärung“ des Kosovo von Serbien diesen Februar war im Wesentlichen eine diplomatische Provokation gegenüber Serbien und Russland – was den Weg für den Konflikt in Georgien ebnete – und eine weitere Aufwiegelung gegen die serbische Minderheit im nördlichen Kosovo. Wir verteidigen die nationalen Rechte der Serben im nördlichen Kosovo und sind gegen ihre Zwangseingliederung in einen albanisch-kosovarischen Staat. Als Marxisten sind wir Gegner von Nationalismus und kämpfen für die Klasseneinheit der Arbeiter des gesamten Balkans zum Sturz all der blutigen kapitalistischen Regime in der Region. **Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle US/UN/NATO/Bundeswehr-Truppen raus aus dem Balkan, sofort! Für eine sozialistische Föderation des Balkans!**

Die Auswirkung der kapitalistischen Konterrevolution

Vor allem in Gebieten, wo nationale Bevölkerungen geografisch vermischt sind, wie dem Kaukasus oder dem Balkan, kann es eine für alle Seiten gerechte Lösung für die im



Grafik nach Workers Vanguard



AFP

23. August: Ausheben von Gräbern, einen Tag nachdem US-geführte Luftangriffe 90 Zivilisten, die meisten davon Frauen und Kinder, im afghanischen Dorf Azizabad in der Provinz Herat getötet haben

Widerstreit liegenden nationalen Ansprüche der zahlreichen Völker nur unter proletarischer Herrschaft geben. Um zwischen der Vielzahl von Völkern in verschiedenen Stadien der nationalen Konsolidierung einen Ausgleich zu schaffen, errichteten die Bolschewiki eine Reihe von Sowjetrepubliken, Autonomen Sozialistischen Sowjetrepubliken für Nationalitäten, Autonomen Oblasts [Gebiete] und Nationalitäten-Okrugs [Kreise] für verschiedene Volksstämme. In Georgien hatten Abchasen und Osseten autonome Regionen, ebenso wie andere ehemals unterdrückte Völker, z. B. die Tschetschenen, Tataren und im Ural die Baschkiren.

Viele politische Maßnahmen der Bolschewiki wurden im Zuge des Anwachsens der nationalistischen stalinistischen Bürokratie, die mit der 1924 beginnenden politischen Konterrevolution an die Macht kam, wieder rückgängig gemacht. Das von Stalin im Laufe des Jahres 1924 verkündete Dogma vom „Sozialismus in einem Lande“ wurde in den kommenden Jahrzehnten zum Synonym für den Ausverkauf zahlloser revolutionärer Gelegenheiten außerhalb Russlands und für das Fördern des Wiederauflebens von russischem Chauvinismus in der Sowjetunion. Dennoch schuf die kollektivierte Wirtschaft des multinationalen sowjetischen Arbeiterstaates die Grundlage für die gerechte Lösung nationaler Konflikte und einen enormen Sprung an sozialem Fortschritt. Dies spiegelte sich in dem hohen Niveau von Ausbildung und kultureller Entwicklung wider sowie im Aufstieg der Frauen und der weiten Verbreitung von ethnisch gemischten Ehen. Darüber hinaus führte der Sowjetstaat Maßnahmen durch, um die rückständigsten Regionen der UdSSR zu fördern. Georgien war ein typisches Beispiel. Ein Artikel von Göran Therborn in der *New Left Review* (Juli/August 2007) mit dem Titel „Transcaucasian Triptych“ stellte in Bezug auf die Jahrzehnte nach 1921 fest:

„Die sowjetische industrielle Entwicklungspolitik – Fabriken, Straßen, Eisenbahnen, Schulen, Krankenhäuser, wissenschaftliche Einrichtungen – sollte die sozioökonomische Landschaft des Kaukasus verwandeln und ein sich modernisierendes Tiflis wurde zur industriellen, administrativen und kulturellen Drehscheibe des gesamten Südkaukasus...

Als einer der Hauptnutznießer des Sowjetsystems war Georgien einer der Hauptverlierer des Auseinanderbrechens der UdSSR.“

Jahrzehntelange stalinistische Misswirtschaft, Lügen und Bürokratismus ebneten dem konterrevolutionären Zusammenbruch der UdSSR 1991/92 den Weg. Die Imperialisten ermunterten das Wachstum bürgerlich-nationalistischer Be-

wegungen, insbesondere in den wohlhabenderen nicht-russischen Republiken im Baltikum und in den Staaten des Sowjetblocks, wie Polen, und benutzten diese als Rammbock für die Konterrevolution. Die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion führte zu einer beispiellosen Verelendung der arbeitenden Massen in diesen Ländern und verschärfte kommunalistische Feindseligkeiten. Die endgültige Annullierung der Oktoberrevolution war eine welthistorische Niederlage für die Arbeiter und Unterdrückten auf der ganzen Welt.

Bis zum bitteren Ende kam die IKL ihrer trotzkistischen Verpflichtung nach, die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen. Wir begrüßten die sowjetische Militärintervention in Afghanistan gegen die CIA-unterstützten islamischen Aufständischen. Als die Imperialisten Anfang der 80er-Jahre die klerikalnationalistische „Gewerkschaft“ Solidarność in Polen als Speerspitze zur kapitalistischen Restauration im gesamten Sowjetblock finanzierten, forderten wir: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ Als Boris Jelzin in Russland Hand in Hand mit dem Weißen Haus von Bush Senior im August 1991 einen proimperialistischen Putsch durchführte, antwortete die IKL mit dem Aufruf: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!“ (siehe *Spartakist* Nr. 89, September 1991). Wir zeigten dem multinationalen sowjetischen Proletariat die dringende Notwendigkeit auf, zum internationalistischen Weg von Lenin und Trotzki zurückzukehren und eine echte bolschewistische Partei aufzubauen, die den Kampf für proletarisch-politische Revolution und zur Zerschlagung der Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution anführt. Unsere ins Russische übersetzte Erklärung wurde zehntausendfach in der ganzen Sowjetunion verteilt.

Im Gegensatz dazu richtete sich die reformistische Linke international nach den Leutnants der Imperialisten in Sozialdemokratie und Gewerkschaften und verurteilte die sowjetische Präsenz in Afghanistan, bejubelte Solidarność und spendete Jelzins proimperialistischen „Demokraten“ Beifall. Paradebeispiel waren die International Socialist Organization (ISO) in den USA und die Vorläufer von *Linksruck/marx21* in Deutschland, Anhänger von Tony Cliff und damalige Gesinnungsgenossen, die von Jelzins/Bushs Sieg begeistert waren: „Der Kommunismus ist gescheitert“, deklarierten unsere Zeitungen und Fernsehen. Es ist ein Faktum, das jeden Sozialisten erfreuen sollte“ (*Klassenkampf*, September 1991). Russische Unterstützer von Peter Taaffes Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI, in Deutschland die SAV) und Alan Woods' International Marxist Tendency taten mehr, als von weitem zu jubelnden; sie versuchten tatsächlich, Arbeiter zurückzuhalten, die sich Jelzins konterrevolutionären Barrikaden widersetzen wollten.

Die Antwort eines Großteils der reformistischen Linken auf den Konflikt in Georgien reichte international von vager pazifistischer Neutralität – im Falle der ISO durchsetzt mit Kalter-Krieg-Rhetorik à la „unterjochte Nationen“ über „Stalins Völkergefängnis“ (Socialistworker.org, 12. August) – bis hin zu einer prorussischen Neigung. Beispielhaft für letztere ist die *junge Welt*, die für Russlands „militärische und humanitäre Hilfsaktion“ gegen Georgien eine Seite bezieht. Damit folgt sie der LINKEN, die genau wie ein Teil der SPD, z. B. Außenminister Steinmeier – oder Schröder, Gernot Erler und Egon Bahr – eine Strategie für den deutschen Imperialismus verfolgen, unabhängiger von den USA zu agieren. Der Sprecher für internationale Beziehungen der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Wolfgang Gehrcke, erklärte:

„Ich appelliere an die Bundesregierung, die besonderen deutsch-russischen Beziehungen nicht zu gefährden. Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland haben für ganz Europa eine besondere Qualität. Die Regie-

rungen Russlands und Deutschlands haben dafür den Begriff einer strategischen Partnerschaft gewählt. Strategische Partnerschaften sind keine Angelegenheit für Schön-Wetter-Phasen, sondern müssen sich in Krisensituationen bewähren...

Die NATO muss sich aus dem Georgien-Konflikt heraushalten. Gefordert ist nicht die NATO, sondern die OSZE.“ (Pressemitteilung, 20. August)

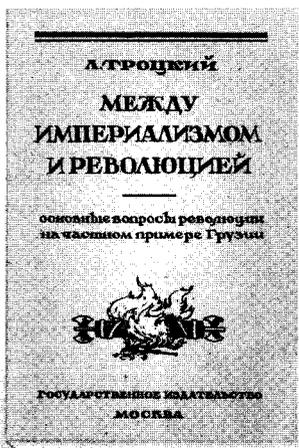
Gehrcke will die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) im Kaukasus haben, weil der deutsche Imperialismus in ihr mehr Einfluss hat als in der fast völlig US-dominierten NATO. Die gleiche Strategie steckt hinter den Beschwörungen der *jungen Welt* von „Völkerrecht“ und der UNO als Instrument, es durchzusetzen. Die OSZE ist ein Instrument der europäischen Imperialisten, die sie dominieren, so wie die UNO von den großen imperialistischen Staaten USA, Japan und Deutschland dominiert wird. Ihr Vorläufer, der Völkerbund, wurde von Lenin ganz zu Recht als eine imperialistische Räuberhöhle gegeißelt. Die Alternativstrategie der LINKEN dient dazu, Arbeiter und linke Jugendliche in Deutschland an den eigenen Imperialismus zu ketten.

Was eine Unterstützung für Putins Russland vor Ort bedeutet, kann man an der grotesken Position der russischen Taaffe-Leute sehen. Seit der Konterrevolution haben sich diese Reformisten mit den rückständigsten chauvinistischen Kräften in Russland zusammengetan, darunter die faschistische Nationalbolschewistische Partei. Während das KAI wie gewohnt für den internationalen Gebrauch eine bereinigte Erklärung („Georgia/Russia Conflict Brings Disaster for Working People of Region“ [Georgien/Russland-Konflikt bringt Katastrophe für Werktätige der Region], 11. August) herausgab, stellt die russische Gruppe den Krieg gegen Georgien als einen gerechten Krieg für russische staatliche Souveränität dar und ruft nach „Volksmilizen“, die für Mütterchen Russland kämpfen sollen:

„Die Reaktion der einfachen Leute, die sich im ganzen Land zu Freiwilligenbrigaden melden, ist völlig klar. Wenn es jene gibt, die Brudervölkern zu Hilfe kommen *wollen* (und die massenhafte Freiwilligenbewegung ist genau davon beseelt – schließlich sind die verrohten Typen, die einfach nur ‚herumballern‘ wollen, nicht so zahlreich), dann wäre es völlig logisch, wenn genau diese Leute die wehrpflichtigen Soldaten ersetzen. Doch eine Volksmiliz ist gefährlich für die Obrigkeit und das Kapital, da Volksmilizen aufgrund ihres urwüchsigen proletarischen Instinktes nicht nur gegen äußere, sondern auch gegen innere Feinde vorgehen könnten.“ („Richtet die Gewehre auf die hohen Tiere [Offiziere]!“; www.socialism.ru, 11. August)

Nach allem, was man hört, folgten solche „Volksmilizen“ Putins Streitkräften nach Georgien, wo sie Berichten zufolge mordeten, plünderten und die Häuser ethnischer Georgier niederbrannten. Ohne eine der beiden Seiten in diesem Konflikt zu unterstützen, halten Marxisten das Recht aller Gemeinden auf Selbstverteidigung gegen pogromistischen Terror hoch.

Infolge der Konterrevolution in der Sowjetunion und den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas kehrte die ganze alte Scheiße der Ära vor dem Ersten Weltkrieg zurück. Eth-



Gemälde zeigt Hinrichtung von 26 kommunistischen Kommissaren durch von den Briten unterstützte Konterrevolutionäre bei der blutigen Unterdrückung des Bakuer Sowjets von 1918. Trotzki's Streitschrift von 1922, weithin bekannt als *Zwischen Imperialismus und Revolution*, entlarvte die Imperialisten und ihre menschwistische Verteidiger, die den jungen sowjetischen Arbeiterstaat zu zerschlagen versuchten

Gemälde von I. I. Brodsky

nische Säuberungen, täglicher Terror gegen Immigranten und Minderheiten: Dies sind wesentliche Bestandteile des Triumphs des „nationalen Prinzips“, das die Imperialisten den ganzen Kalten Krieg über als Waffe gegen die Sowjetunion propagiert haben. Nur wenn sich das Klassenprinzip – d. h. das Programm der sozialistischen Weltrevolution – gegen das „nationale Prinzip“ durchsetzt, kann mit imperialistischem Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung Schluss gemacht werden.

Washingtons imperialistischer Triumphalismus in den Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat Risse bekommen. Während sich die globale Wirtschaft im Abwärtstrend befindet, werden Spannungen zwischen den USA und den europäischen Mächten wahrscheinlich zunehmen. Die US-Imperialisten befinden sich im Irak und zunehmend in Afghanistan im Schlamassel. Ihre Ambitionen im Kaukasus wurden von Russland offen herausgefordert. Doch ein verwundetes imperialistisches Ungeheuer mit dem größten Atomwaffenarsenal der Welt ist eine äußerst gefährliche Kreatur. Das unterstreicht sowohl die Dringlichkeit wie den Ernst der Aufgabe, der Marxisten gegenüberstehen: die Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution, die das Proletariat zum Sturz der imperialistischen Barbarei führt.

Nach Workers Vanguard Nr. 919, 29. August 2008

**Besucht die Website der
Internationalen
Kommunistischen Liga!**

www.spartacist.org



Frauenbefreiung...

Fortsetzung von Seite 28

nach der Geburt in staatliche Betreuung zu geben, degradieren sie zu einer „Gebärmachine“ (dies von der katholischen Kirche, die Verhütungsmittel verbietet). Sie verglich die „Fremdbetreuung“ von Kindern obszöner Weise mit dem barbarischen Verbrechen der Genitalverstümmelung: „Diesen Vergleich wage ich, denn bei der Genitalverstümmelung handelt es sich um Körperverletzung, bei der Krippenbetreuung in einigen Fällen um seelische Verletzung – und die ist manchmal schlimmer als Körperverletzung“ (*Spiegel online*, 11. Februar). Ihr Buch *Dein Kind will dich* kam in einem bistumseigenen Augsburgener Verlag heraus.

Vor dem ersten LINKEN-Parteitag am 24./25. Mai in Cottbus waren die Wogen gegen Müller noch hoch geschlagen. So protestierte z.B. Angelika Gramkow, frauenpolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion im Schweriner Landtag und Mitglied des Parteivorstands: „Sie diffamiert darüber hinaus alle Väter und Mütter, die ihre Kinder in Krippen und Kitas betreuen lassen – auch meine Biografie als ostdeutsche berufstätige Mutter –, sowie alle engagierten Erzieherinnen und Erzieher.“ Auf dem LINKEN-Parteitag lehnte die überwältigende Mehrheit Müllers Position ab, eine Resolution „Für eine emanzipatorische Familienpolitik der Partei DIE LINKE“ wurde angenommen, die sich gegen „ein von unterschiedlichen konservativen Kreisen und auch vom Landesvorstand Saarland gefordertes Erziehungsgehalt“ wendet. In der Resolution wurde Müllers Name nicht erwähnt, um die „Einheit“ der Partei nicht zu stören. Auch bemerkenswert ist, dass nicht mal die Abschaffung des verhassten Paragraphen 218 gefordert oder Abtreibung auch nur erwähnt wird! So bleibt der Konsens mit den heuchlerischen, reaktionären christlichen Werten erhalten, die eine ideologische Säule der kapitalistischen Ordnung im „abendländischen“ Deutschland darstellt – u.a. die Vorstellung, der Fötus sei ein menschliches Wesen, dessen unabhängige Existenz mit der Entstehung seiner „Seele“ beginne.

Wir revolutionäre Marxisten sind die konsequentesten Kämpfer für die Gleichheit der Geschlechter und die Befreiung der Frau. Wir sind für jede Ausweitung und Verbesserung von öffentlicher Kinderbetreuung, was den Interessen von Arbeiterinnen und armen Frauen entspricht, aus der häuslichen Isolation auszubrechen und sich am sozialen und Berufsleben zu beteiligen. Wir brauchen kostenlose, hochwertige Kinderbetreuung rund um die Uhr! Die Geschichte des Klassenkampfes und besonders des kommunistischen Kampfes für Frauenbefreiung zeigt, dass jegliche Errungenschaft für proletarische Frauen in dieser Klassengesellschaft das Ergebnis eines Kampfes gegen die herr-

Wählt

SPARTAKIST

Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

- Für einen sozialistischen Anschluss an die DDR
- Für die Abschaffung des § 218
- Für die Abschaffung des § 219
- Für die Abschaffung des § 219a
- Für die Abschaffung des § 219b
- Für die Abschaffung des § 219c
- Für die Abschaffung des § 219d
- Für die Abschaffung des § 219e
- Für die Abschaffung des § 219f
- Für die Abschaffung des § 219g
- Für die Abschaffung des § 219h
- Für die Abschaffung des § 219i
- Für die Abschaffung des § 219j
- Für die Abschaffung des § 219k
- Für die Abschaffung des § 219l
- Für die Abschaffung des § 219m
- Für die Abschaffung des § 219n
- Für die Abschaffung des § 219o
- Für die Abschaffung des § 219p
- Für die Abschaffung des § 219q
- Für die Abschaffung des § 219r
- Für die Abschaffung des § 219s
- Für die Abschaffung des § 219t
- Für die Abschaffung des § 219u
- Für die Abschaffung des § 219v
- Für die Abschaffung des § 219w
- Für die Abschaffung des § 219x
- Für die Abschaffung des § 219y
- Für die Abschaffung des § 219z

Für ein Arbeiteräratedeutschland!

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Spartakist, Preisbuchhaus-Tropfen, Postfach 5, Berlin 1100, 1. Block, Raum 19
SpA2, Postfach 2002, Berlin 1008

Wir sind
ein
Volk

1:1 PDS

Plakate zur Volkskammerwahl 1990: PDS half, DDR auszuverkaufen; nur Spartakisten traten gegen Konterrevolution ein. Spartakist-Block bei Demo gegen Anti-Abtreibungs-Gesetze, Berlin 1992 (Foto links)

schende Klasse, deren Pfaffen, Moralprediger und gegen den kapitalistischen Staat ist. Denn dieser Staat ist ein Instrument der Gewalt zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie und damit der ganzen Instrumente zur Frauenunterdrückung, die ein Teil dieses Systems sind.

DIE LINKE dagegen verspricht, ihre Wunschliste für eine „emanzipatorische Familienpolitik“ unter der Herrschaft des Kapitalismus durch parlamentarische Reformen und Verwaltung des kapitalistischen Staates zu erreichen. Die grundlegende Loyalität der LINKEN zur kapitalistischen Ordnung bedeutet in Wirklichkeit Verrat an den Interessen von arbeitenden und armen Frauen. Siehe den SPD/LINKE-Senat in Berlin, dessen Minister die Drecksarbeit der Kapitalisten und seines Staates machen – von der Privatisierung von Kitas und Streichung von Sprachkursen bis zu Angriffen auf Gehälter und Arbeitsbedingungen von Erzieherinnen und Erziehern.

Diese Ausverkaufsstrategie von PDS/LINKE ist die Fortsetzung dessen, was sie seit der Konterrevolution in der DDR 1990 als Strategie betreiben: Durch genügend Wählerstimmen soll die SPD in eine Regierungskoalition gezwungen werden, die den Kapitalismus „sozialer“ macht oder wenigstens „das kleinere Übel“ darstellt. Schon bei der Volkskammerwahl in der DDR im März 1990 – nachdem Gorbatschow grünes Licht für die Wiedervereinigung gegeben und die Gysi/Modrow-Führung diese Position übernommen hatte – warben sie für kapitalistischen Anschluss mit dem verlogenen Versprechen, es könne eine „humane“ Gestaltung der kapitalistischen Wiedervereinigung geben, bei der die sozialen Errungenschaften der DDR – Vollbeschäftigung, Kinderbetreuung, Abtreibungsrechte für Frauen usw. – erhalten bleiben würden. Heute bringt z.B. eine Stellungnahme des sächsischen LINKEN-Landesverbandes (4. April) in der Debatte über Kindererziehung diesen Schwindel so zum Ausdruck: „Wir können als LINKE stolz darauf sein, dass wir ein gutes Netz an Kinderkrippen in Ostdeutschland gegen zahlreiche Angriffe der CDU 17 Jahre lang weitgehend erfolgreich verteidigt haben.“

Diese Apologie für die Mitverantwortung der PDS am Ausverkauf der DDR ist empörend, wenn man etwa bedenkt, dass es in den letzten 18 Jahren eine Massenauswanderung aus der ehemaligen DDR gab – heute vor allem von jungen Frauen –, weil es für die meisten einfach keine Jobs und keine Zukunft mehr gab. Von der Massenarbeitslosigkeit bis zur Zerschlagung des Abtreibungsrechts waren Frauen in der DDR die größten Verlierer der Konterrevolution. Noch verheerender waren die Folgen in Osteuropa, auf dem Balkan, im Kaukasus und anderen Teilen der Ex-UdSSR, wo gerade die dortigen Frauen unter den Schlägen von wiederaufsteigender religiöser Reaktion – ob katho-



lich, christlich-orthodox oder islamisch – und kapitalistischer „Schocktherapie“ am meisten zu leiden haben. Nein, es war nicht möglich, die Errungenschaften für Frauen, die es in der DDR gab, nach einer kapitalistischen Wiedervereinigung zu erhalten. Wir Spartakisten haben 1989/90 gegen den Ausverkauf der DDR gekämpft und klipp und klar davor gewarnt, welche schrecklichen Folgen eine kapitalistische Konterrevolution für die Frauenrechte haben würde. Wir kämpften dafür, diese und andere soziale Errungenschaften der DDR zu erhalten und durch eine *revolutionäre* Wiedervereinigung auf den Westen auszuweiten.

Für Marxisten war es damals klar vorauszusehen, welche Niederlage für Frauen die Konterrevolution mit sich bringen würde: Kapitalistische Wiedervereinigung bedeutete die Zerschlagung der auf kollektiviertem Eigentum basierenden Planwirtschaft in der DDR, der Grundlage für die Errungenschaften für Frauen. In der kapitalistischen Klassengesellschaft ist die Institution der Familie das zentrale Instrument für die Unterdrückung der Frau. Dem Proletariat wird die Kranken- und Altenpflege sowie das Heranziehen der nächsten Generation von Arbeitern aufgebürdet, denen in der individuellen „privaten“ Abgeschiedenheit bürgerliche Moralvorstellungen und Gehorsam gegenüber der Obrigkeit eingetrichtert werden. Dass diese Arbeit hauptsächlich den Frauen zufällt, hat sich auch dadurch nicht grundlegend geändert, dass heutzutage die „Normfamilie“, wie sie vor allem die Kirchen propagieren, weniger vorherrscht, da es Patchwork-Familien und viele Alleinerziehende gibt.

Die Familie in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Funktion kann nicht einfach „abgeschafft“ werden. Sie muss ersetzt werden durch Vergesellschaftung der Hausarbeit und anderen sozialen Aufgaben, die der Familie jetzt zufallen: Flächendeckende, gut ausgestattete, kostenlose Kitas rund um die Uhr, kostenlose medizinische Versorgung auf höchstem Niveau, Vergesellschaftung von Dienstleistungen wie Essenzubereitung, Wäschereien, kostenloser Zugang zu allen Bildungseinrichtungen. Aber um das zu erreichen, um die Ressourcen der Gesellschaft wirklich in den Dienst der arbeitenden Menschen zu stellen, ist es nötig, die kapitalistische Profitwirtschaft durch eine sozialistische Revolution zu stürzen und eine vergesellschaftete Wirtschaft zu errichten unter einer revolutionären Arbeiterregierung, der Diktatur des Proletariats, die die Diktatur der Bourgeoisie ablöst.

Die Unterdrückung der Frau ist klassenübergreifend, aber der Kampf für die Befreiung der Frau ist untrennbar verbunden mit den Kämpfen der Arbeiterklasse und mit der Befreiung aller arbeitenden Menschen von kapitalistischer Ausbeutung. Für die kapitalistischen Herrscher sind Frauen, ethnische Minderheiten und Jugendliche eine Reservarmee von Arbeitskräften. Sie bekommen die am niedrigsten bezahlten Jobs mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen, und die Bourgeoisie versucht, sie dazu zu benutzen, die Bedingungen für alle Arbeiter zu verschlechtern. Ostdeutsche, ethnische Minderheiten und Frauen sind am stärksten von der Massenarbeitslosigkeit betroffen, die als Ergebnis der Konterrevolution massiv zugenommen hat. Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung als Ganzes haben ein vitales Interesse daran, Frauen und die besonderen Forderungen von Frauen in ihre Kämpfe zu integrieren – etwa öffentliche Kinderbetreuung – als Teil davon, die Arbeiterklasse im Kampf zu vereinen für die brennend notwendigen Forderungen wie Verteilung der Arbeit auf alle Hände, gleicher Lohn für gleiche Arbeit auf höchstem Niveau, Organisation der Unorganisierten.

Aber die Rolle der jetzigen, prokapitalistischen Gewerkschaftsführung und der sozialdemokratischen Parteien – SPD ebenso wie DIE LINKE – ist es, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen und Krümen aus den Profiten

der Kapitalisten zu verteilen. Dies bedeutet, die Interessen der Arbeiter und Unterdrückten dem Wohlergehen des „Standorts Deutschland“ unterzuordnen. Sie leisten Hilfestellung dabei, Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse zu vertiefen durch klassenkollaborationistischen Ausverkauf und verrottete Kompromisse, die besonders auf Kosten der schwächsten Teile der Arbeiterklasse gehen. Dagegen kämpfen wir darum, Frauen und Minderheiten in die Arbeiterklasse zu integrieren, wo sie Teil haben an der sozialen Macht der Arbeiterklasse. Das ist Bestandteil des Kampfes für eine klassenkämpferische Führung der Gewerkschaften, die Schluss macht mit der verrotteten Klassenzusammenarbeit und die Arbeiterklasse im Kampf für ihre eigenen Interessen mobilisiert, die alle auf die Notwendigkeit hinauslaufen, den Kapitalismus zu zerschlagen.

Das ist die Tradition von Clara Zetkin, eine Führerin des revolutionären Flügels der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, die eng mit Lenin zusammenarbeitete und später die KPD mitbegründete. Gemeinsam mit Emma Ihrer gab sie ab 1891 eine besondere SPD-Zeitung heraus, die sich speziell mit der Frage der Frauenemanzipation beschäftigten sollte, *Die Gleichheit*. Die Herausgeber schrieben, sie würden

„mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, weil sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit... Der charakteristische Standpunkt, der Standpunkt des Klassenkampfes aber muss in einem Organ für die Interessen der proletarischen Frauen scharf und unzweideutig betont werden. Und dies um so schärfer, je mehr sich die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen angelegen sein lassen, durch allgemeine humanitäre Phrasen und kleinliche Konzessionen an Reformforderungen der Arbeiterinnen Quertreiberei unter die proletarische Frauenwelt zu tragen und sie dem Klassenkampf entziehen zu wollen. Gerade aber die proletarischen Frauen für den Klassenkampf zu schulen, das wird auch in Zukunft die vornehmste Aufgabe der ‚Gleichheit‘ bleiben“ (*Die Gleichheit*, 11. Jahrgang Nr. 1, 1901, zitiert in Thönnessen, *Frauenemanzipation*).

Frauenemanzipation und der deformierte Arbeiterstaat DDR

Die Entstehung des deformierten Arbeiterstaates in Ostdeutschland 1947/48 war eine Folge davon, dass die Rote Armee der Sowjetunion 1945 den Hitlerfaschismus zerschlug. Östlich der Elbe wurde die Staatsmaschinerie und die wirtschaftliche Macht der deutschen Bourgeoisie zerschlagen und ein Staat errichtet, der auf vergesellschaftetem Eigentum basierte – ein Arbeiterstaat. Wir Trotzisten verteidigten den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat, die DDR und die osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten bedingungslos militärisch gegen Imperialismus und innere Konterrevolution, ebenso wie wir heute die noch verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten verteidigen: China, Kuba, Nordkorea und Vietnam.

Der Arbeiterstaat DDR war von Anfang an bürokratisch deformiert, er wurde errichtet nach dem Vorbild der Sowjetunion in den 40er-Jahren. Zu diesem Zeitpunkt hatte in der UdSSR bereits eine politische Konterrevolution stattgefunden, die 1924 begonnen hatte, als eine bürokratische Kaste, mit Stalin an der Spitze, der Arbeiterklasse die politische Macht entriss, die bolschewistische Partei erwürgte und das revolutionäre internationalistische Programm, das den frühen Sowjetstaat unter Lenin und Trotzki beflügelte hatte,



durch das national-konservative, antimarxistische Programm des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ ersetzt. Auf der Grundlage unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung dieser Staaten treten wir Trotzlisten für proletarisch-politische Revolutionen ein, um die stalinistischen Bürokratien wegzufegen, die brüchige, parasitäre Kasten und nicht herrschende Klassen sind. Als die Honecker-Bürokratie in der DDR 1989 zusammenbrach, intervenierten wir in die beginnende politische Revolution mit allen Kräften unserer Internationale, um für dieses Programm zu kämpfen. Wir kämpften für *revolutionäre Wiedervereinigung* – politisch-proletarische Revolution im Osten und soziale Revolution im Westen –, für ein Rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas. (Ausführliche Berichte über diese Intervention findet man zum Beispiel in „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90“, *Spartakist-Extrablatt*, 4. April 2000, und in „Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki“ – Dokument der II. Internationalen Konferenz der IKL, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993.)

Der Kampf für die Verteidigung und Ausweitung der Erregenschaften der Frauen in der DDR war eine wichtige Achse dieser Intervention, wie man auch in unserer agitatorischen Zeitung *ARPREKORR* sehen kann, die wir damals fast täglich herausbrachten. Die Stellung der Frau in der DDR war in bedeutender Hinsicht die fortgeschrittenste auf der Welt, denn hier wurde ein Arbeiterstaat auf der Basis einer (im Vergleich etwa zu Russland 1917) relativ hochindustrialisierten Gesellschaft gegründet. Die Planwirtschaft, wenn auch behindert durch bürokratische Miswirtschaft, hatte das Ziel, die allgemeine Warenproduktion zu maximieren – nicht die Profite der Kapitalistenklasse. Und so war die dem Kapitalismus inhärente Massenarbeitslosigkeit unbekannt, über 90 Prozent der Frauen in der DDR waren berufstätig. Um das zu ermöglichen, gab es ein breites System von Kindergärten; im sogenannten „Babyjahr“ bekamen Frauen nach der Geburt eines Babys ein volles Jahr von der Arbeit frei bei voller Bezahlung; es gab Essen für alle Kinder in den Kindergärten und an den Schulen. Frauen hatten ebenso wie Männer schon an den Schulen eine breite wissenschaftliche Ausbildung genossen und hatten in großem Ausmaß und qualitativ viel häufiger als im Westen hochqualifizierte technische oder akademische Berufe, als Kranführerinnen ebenso wie als Ingenieurinnen, Atomphysikerinnen, Chirurgen, Richterinnen usw.

Das hohe Maß an ökonomischer Unabhängigkeit, das Frauen in der DDR hatten, wirkte sich positiv auf die intimsten Aspekte ihres Lebens aus. Schwangerschaft und Geburt bedrohten nicht mehr den Ruf oder die Zukunft einer Frau, egal ob sie verheiratet war oder nicht. Die Familie, die weiterhin existierte, verlor viel von ihrem Charakter einer Sittenpolizei der Doppelmoral und als Institution, die sexuelle Unterdrückung durchsetzt. Die bedeutsame Schwächung des Einflusses der Kirche ließ die zweite Quelle von Furcht, Schuldgefühlen und Scham versiegen. Frauen entwickelten ein Selbstbewusstsein, das sie in der bürgerlichen Gesellschaft nicht erreichen konnten. Gleichzeitig war es aber unmöglich für die DDR – isoliert in einem halben Land und umzingelt von feindlichen imperialistischen Mächten –, das Niveau von wirtschaftlicher Produktivität zu erreichen, das nötig ist, um die Funktionen der Familie zu ersetzen und die Grundlage für die volle Gleichheit der Geschlechter zu legen. In der DDR bestand die Familie weiter und wurde sogar von der Bürokratie als „Keimzelle des Sozialismus“ hochgejubelt, als Teil des stalinistischen Dogmas vom „Sozialismus in einem Land“. Frauen, die überwiegend im Produktionsprozess integriert waren, mussten meist im Haushalt auch noch eine „zweite Schicht“ bewältigen; in den obersten Rän-

gen der Bürokratie waren Frauen nicht zu finden.

Das Recht, sich frei für Kinder zu entscheiden, galt indes nicht für Vertragsarbeiterinnen etwa aus Mozambique oder Vietnam, sie hatten keine Staatsbürgerrechte. Wurde eine Vietnamesin schwanger, musste sie entweder abtreiben oder nach Vietnam zurück. Diese bürokratische Willkür war auch ein Ausdruck der nationalistischen Ideologie des „Sozialismus in einem Land“ – um solche „Probleme“ etwa mit Besuchsrechten etc. zu vermeiden, stellte die Bürokratie einfach sicher, dass es gar nicht erst geschehen würde. Nach der Konterrevolution waren die vietnamesischen Vertragsarbeiter zusammen mit Arbeitern aus Angola und Mozambique dann die ersten, die ausgewiesen wurden. *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten* war und ist eine zentrale Losung, für die wir Kommunisten kämpfen.

Vor und nach der Volkskammerwahl 1990 war die Bestrebung, die Erregenschaften von Frauen in der DDR zu behalten, ein Brennpunkt von sozialen Kämpfen. Tausende demonstrierten auf den Straßen gegen die Schließung von Kinderkrippen oder die Einführung des Paragraphen 218 im Osten. Diese Kämpfe für Frauenrechte wurden ausverkauft von Gewerkschaftsführung, bürgerlichen Feministen und den sozialdemokratischen Parteien, vor allem der PDS, die alle die kapitalistische Wiedervereinigung unterstützt hatten.

Millionen arbeitender Frauen wurden nach der Konterrevolution auf die Straße geworfen, zurück in die Küche gedrängt, als nach dem Anschluss die verstaatlichten Fabriken zerstört wurden. Wir schrieben: „Bei weitem der wichtigste Schritt, um die Frauen aus Beschäftigungsverhältnissen in die Haushalte zu treiben, war die Abschaffung der praktisch kostenlosen Kinderbetreuung. Reihenweise verschwanden die Kinderkrippen, als die Treuhand die Betriebe dichtmachte, die sie früher getragen hatten, und weitere wurden geschlossen, als die Betriebe an westdeutsche Kapitalisten verkauft wurden“ („Von Ostberlin bis Taschkent: Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf den Frauen herum“, *Spartakist* Nr. 104, Juni 1993 und Nr. 105, Juli/August 1993).

Das gesamte auf Polikliniken basierende ostdeutsche Gesundheitssystem wurde vernichtet, und Verhütungsmittel wie die Pille, in der DDR kostenlos, waren für viele Frauen plötzlich unerschwinglich. Kürzlich befragte pro familia Frauen, die unter Hartz IV leben müssen. Früher hatten 67 Prozent regelmäßig verhütet, jetzt taten es nur noch 30 Prozent, und zwar oft mit nicht effektiven, weil billigen Mitteln („Regelrecht ungeschützt“, *ver.di publik*, Mai 2008). *Für kostenlose Abtreibung und Verhütung auf Wunsch! Weg mit Paragraph 218! Kostenlose Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau für alle!* In Regionen ohne jede Jobmöglichkeit, ohne jegliche Lebensperspektive und Hoffnung bekommen Frauen oftmals besonders jung Kinder, weil sie hoffen, durch ein Kind in dieser ihnen so feindlich entgegenstehenden Gesellschaft aufgewertet zu werden („Mit Mut zum Kind“, *Tagesspiegel*, 27. Juli). Ein tragischer Irrtum, der in einigen Fällen eine schreckliche Tragödie bedeutet für die Kinder und die Frauen. Aber der kapitalistische Staat ist Urheber dieser schrecklichen menschenunwürdigen Situation, er stürzt weiterhin tagtäglich Menschen ins Elend, es gibt zunehmend Familien, die in Armut leben, obwohl beide Eltern voll arbeiten, Kinderarmut hat erschreckende Dimensionen angenommen. Arbeitslose werden in Ein-Euro-Jobs in Kindergärten eingesetzt und müssten ein Vielfaches ihres „Einkommens“ zahlen, um ihre Kinder in eine solche Einrichtung schicken zu können.

„Kinder, Küche, Kirche“: Frauen machen nicht mit

Von der Leyens Vorschläge für mehr Kindergärten und die erhitzte Debatte darüber haben ihren Grund darin, dass sich die Bourgeoisie einem Widerspruch gegenüber sieht:



DPA

Rechts: Protest gegen Kita-Schließung (Halle, 1993), Teil von sozialer Verwüstung im Osten nach Konterrevolution. CDU-Familienministerin von der Leyen unter Beschuss für Vorschläge zur minimalen Verbesserung der Kinderbetreuung



Spartakist

Einesteils wollen sie ihre Profitrate erhöhen, um in der Konkurrenz gegen ihre imperialistischen Rivalen mithalten zu können. Zu diesem Zweck haben sie schon wesentliche Teile des sogenannten Sozialstaats vernichtet. Die Bourgeoisie ist nicht mehr bereit eine niedrigere Profitrate zu akzeptieren für Sozialmaßnahmen, die sich an den sozialen Errungenschaften des ostdeutschen Arbeiterstaats messen lassen mussten. Die sozialen Leistungen sollen so immer mehr von den Arbeiterfamilien selbst erbracht werden, in erster Linie von den Frauen. Zunehmende soziale Verelendung, etwa durch Hartz IV, trifft besonders hart alleinerziehende Frauen; die offizielle Arbeitslosigkeit liegt hier bei 20 Prozent und mehr als ein Drittel von ihnen lebt unter der Armutsgrenze. Das ist dreimal so viel wie bei Frauen mit Lebenspartner. Ein Ergebnis dieser miserablen Bedingungen ist die niedrige Geburtenrate.

Andererseits will die Bourgeoisie aber mehr „eigenen“ gut ausgebildeten Nachwuchs, hochqualifizierte Fachleute für die steigenden technischen Anforderungen der Industrie und auch für die zunehmend anspruchsvollere Technologie ihrer Armee, die sie zu einer schlagkräftigen weltweit einsetzbaren Truppe machen will. Zwischen 2000 und 2004 hatte die damalige SPD/Grünen-Regierung ein „Sofortprogramm zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs“ gestartet, um ausländische Spezialisten ins Land zu holen, die die deutsche Bourgeoisie dringend brauchte. Darauf antwortete die CDU mit rassistischer Hetze („Kinder statt Inder“). Das Programm der CDU/SPD-Regierung ist heute mehr „deutsche Babys“ und Förderung von Bildungsprogrammen für „Eliten“. Ebenso wollen die Kapitalisten das Reservoir gut ausgebildeter junger Frauen ausschöpfen, natürlich zu niedrigeren Löhnen. Daher die Forderungen von der Leyens, die es jungen Frauen ermöglichen sollen, ihre Leistung für den kapitalistischen Arbeitsmarkt zu bringen und trotzdem Kinder zu bekommen. Oder anders ausgedrückt: Die Funktionen der Familie sollen natürlich erhalten bleiben, das heißt vor allem die Last, die auf der Frau liegt, aber heute ist es einfach nicht mehr möglich, schlicht Kinder, Küche, Kirche zu predigen, wo angesichts der Massenarbeitslosigkeit und sinkender Löhne die Notwendigkeit besteht, dass beide Elternteile verdienen.

Ironischerweise hatte besonders die CDU über Jahrzehnte hinweg gegen das Kitasystem in der DDR gehetzt und so dazu beigetragen, dass heute auch jenen, die keine Erinnerung an die Errungenschaften haben, beim Stichwort „Kindergärten“ sofort die DDR einfällt. Das stößt der Bourgeoisie sauer auf, hat sie doch mit ihrer Kampagne vom „Töd des Kommunismus“ gehofft, ein für allemal dieses Gespenst

los zu werden. Aber sie schafft es nicht, und so wurde die Hetze gegen die DDR in den Medien erneut hochgefahren.

Einer der ekelhaftesten antikommunistischen Angriffe kam vom sächsischen Ministerpräsidenten Böhmer, der geiferte, „ihm komme es so vor, als ob Kindstötungen von Neugeborenen für manche ostdeutsche Frau ‚ein Mittel der Familienplanung seien‘“ (*Financial Times Deutschland*, 24. Februar). Schuld daran sei das Abtreibungsrecht in der DDR! Schon 1999 hatte der Kriminologe Christian Pfeiffer behauptet, „rechtsradikale und fremdenfeindliche Einstellungen“ bei Jugendlichen in der Ex-DDR seien Ergebnis der gemeinsamen „Topfzeit“ in DDR-Kindergärten (rbb-online.de, 18. März 1999). Dieser Typ war dann übrigens von 2000 bis 2003 für die SPD Justizminister in Niedersachsen.

Nun, die Hetze gegen die gottlose DDR bleibt, aber plötzlich will selbst und gerade die CDU mehr Kindergärten, einfach, weil man mit den neuen Erfordernissen des deutschen Imperialismus umgehen muss und man nicht lange an der Regierung bliebe, wenn man die Frage des Nachwuchses und der berufstätigen Frauen nicht angehen würde. So bekam Bischof Mixa für seine Angriffe auf von der Leyen auch Opposition in der eigenen katholischen Kirche. Ein wesentlicher Grund dafür ist sicher, dass viele der gegenwärtigen Kitas im Westen zwar „staatlich“ heißen, aber in kirchlicher Trägerschaft sind. Beide Staatskirchen – evangelische wie katholische – machen ein gutes Geschäft mit den staatlichen Subventionen und trichtern den Kleinkindern dort ihre reaktionären „christlichen Werte“ ein: 2007 waren in Westdeutschland über *eine Million* Kinder in solchen kirchlichen Einrichtungen, fast die Hälfte aller Kinder im Alter von unter acht Jahren, die im Westen eine Kinderbetreuung besuchten. **Kirchen raus aus den Schulen und Kindergärten! Bullen, Pfaffen, Richter – raus aus dem Schlafzimmer! Wir kämpfen für die volle Trennung von Kirche und Staat!**

Wes Geistes Kind von der Leyens Interventionen sind, wird auch bei dem seit Anfang 2007 gezahlten Elterngeld klar: Berufstätige Väter oder Mütter bekommen 67 Prozent ihres Einkommens für ein Jahr bezahlt, wenn sie eine Kinderpause machen; nehmen das beide zu Teilen in Anspruch, gibt es 14 Monate lang Geld. Das heißt je mehr jemand verdient, desto höher ist das Elterngeld; dies folgt dem Ziel, Akademikerfamilien oder generell Gutverdienende dazu zu kriegen, mehr Kinder zu bekommen. Einer arbeitslosen Familie bringt das sogar eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem bisherigen „Erziehungsgeld“.

Wie wenig Interesse die rassistischen kapitalistischen Herrscher und ihr Staat an der Zukunft der Kinder haben,



Christa Müller (LINKE) und Bischof Mixa bei einer Familienkonferenz im Herbst 2007 propagieren reaktionäre „Familienwerte“ gegen Frauen

zeigte kürzlich die Ausländerbehörde im SPD/LINKE-regierten Berlin. Ihre neuen „Vorläufigen Anwendungshinweise“ besagen, dass „ausländische“ Jugendliche (einschließlich derjenigen, die hier geboren wurden, aber denen die Staatsbürgerschaft verwehrt wird) abgeschoben werden können, „wenn sie voraussichtlich keinen Schulabschluss erreichen werden und deswegen keine Chance auf einen Ausbildungsplatz hätten“ (*junge Welt*, 21. August)! Wir sagen: *Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Nieder mit allen „Ausländergesetzen“! Für kostenlose Bildung auf höchstem Niveau!* Welche frommen Wünsche DIE LINKE oder die SPD manchmal in ihren Papierprogrammen ausdrücken mögen über Reformen, um die Bildungs- und Integrationschancen ethnischer Minderheiten zu steigern, ihre Minister in der kapitalistischen Berliner Regierung verwalten die Bullen, die Ausländerbehörde und den Rest der kapitalistischen Staatsmaschinerie, die solche rassistische Unterdrückung tagtäglich durchführt.

Für eine revolutionäre, multiethnische Arbeiterpartei als Volkstribun!

Nach dem Cottbusser Parteitag verabschiedete der Landesverband der LINKEN im katholischen Saarland eine Resolution, die Müllers Herdprämie unterstützt und damit der Parteitags-Resolution „Für eine emanzipatorische Familienpolitik“ ins Gesicht schlug. Lafontaine wurde soeben im Saarland als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2009 gewählt und peilt das Amt des Ministerpräsidenten an, das er schon von 1985 bis 1998 für die SPD innehatte. In seiner Amtszeit führte er rassistische Abschiebungen durch, hetzte gegen Roma und Sinti und griff die Gewerkschaften an – also vieles, was die SPD/LINKE-Regierung seit 2001 in Berlin macht. Mit ihm als Zugpferd kann DIE LINKE wohl den Durchbruch schaffen, in ihre erste Landesregierung im Westen einzutreten, und so ist ziemlich die gesamte LINKE bereit, auch Müllers reaktionäre Positionen und die der saarländischen LINKEN zu tolerieren. Den Kapitalismus zu verwalten hat einen Preis, der bezahlt wird durch den Verrat von Arbeiterrechten und den Rechten von Frauen und Immigranten!

Die pseudosozialistischen Gruppen der deutschen Linken agieren völlig im Rahmen des Programms, den Kapitalismus zu verwalten. Ihre Hauptaktivität heute ist, DIE LINKE aufzubauen und zu versuchen sie nach links zu drücken. Ein Beispiel ist die Sozialistische Alternative (SAV) – deutsche Sektion von Peter Taaffes pseudotrotzkistischem Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI) –, die in Westdeutschland in der LINKEN vergraben ist. Ein Artikel der SAV-Sprecherin Lucy Redler über den Cottbusser Par-

teitag kritisiert, dass die wichtigen „Kontroversen“ innerhalb der LINKEN – ob sie in Zukunft weiter „in SPD-geführten Regierungen Sozialabbau mit durchsetzen“ würde; ob sie den Kapitalismus nur kritisiert oder „auch bereit ist, für eine sozialistische Gesellschaft fernab der Profitlogik zu kämpfen“ – „nur am Rande diskutiert“ wurden. Wen wundert's? Seit 1990 ist es das erklärte und konsequent verfolgte Ziel erst der PDS und nun der LINKEN, den kapitalistischen Staat zu verwalten.

Und die SAV ist voll dabei: SAV/KAI wie der größte Teil der Pseudolinken, die heute der LINKEN hinterherlaufen, *unterstützen* im Namen der „Demokratie“ volle Pulle die kapitalistische Konterrevolution. 1989/90 spornten sie die SPD an, das Trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR, in Polen jubelten sie über die klerikal-reaktionäre Solidarność und in Moskau standen sie auf Jelzins Barrikaden. Jahre später erklärt dann die SAV in ihrem Frauenprogramm: „Die Frauen in der ehemaligen DDR sind die größten Verliererinnen der Wiedervereinigung und der Restauration des Kapitalismus.“ Ja, mit Hilfe der SAV! Die SAV hat kein Problem damit, in kapitalistische Regierungen einzutreten ... solange diese nicht „neoliberal“ sind und keinen Sozialabbau betreiben. Damit verbreitet sie die reformistische Illusion, der kapitalistische Staat könne – irgendwie – für die Interessen der Arbeiter und Unterdrückten benutzt werden, und hilft der LINKEN dabei, Arbeiterinteressen und Frauenrechte auszuverkaufen.

Während die SAV einerseits den Kampf für Frauenrechte im Namen der sozialdemokratischen „Einheit“ und bürgerlichen Demokratie verrät, pusht sie gleichzeitig feministische Vorurteile, dass alle *Männer* die Feinde der Frauenbefreiung sind. Dies wird am krasssten ausgedrückt in ihrem Frauenprogramm unter dem Titel „Pornografie bekämpfen“: „Wenn die Gewerkschaften einen Kampf gegen Pornografie führen würden, könnten sie zum Beispiel DruckerInnen dazu aufrufen, pornografische Bilder/Zeitschriften nicht herzustellen.“ Wie wir in einem Flugblatt „SAV: Kein Sex, kein Spaß, kein Spartakist“ (nachgedruckt in *Spartakist* Nr. 158, Frühjahr 2005) in Antwort auf diese „sozialistische“ Prüderie schrieben:

„Pornografie ist *nicht* Vergewaltigung oder Gewalt gegen Frauen, wie es die Feministen und die SAV predigen. Es ist eine Privatangelegenheit, aufregend oder interessant je nach Geschmack. Der kapitalistische Staat kriminalisiert sie, um strikter das Privatleben zu reglementieren. Das Programm der SAV für ‚gewerkschaftliche Zensur‘ ist im Grunde genommen ein sozialdemokratischer Aufruf, um Arbeiterorganisationen in Hilfsmittel für die Sittenregelung des Staates zu verwandeln. Eine solche Einstellung ist entgegengesetzt zu den grundsätzlichsten sozialistischen (und humanistischen) Bestrebungen für eine Gesellschaft, in der die *Menschen in Freiheit leben können*.“

DIE LINKE ist wie die SPD eine bürgerliche Arbeiterpartei: Sie stützt sich auf eine proletarische Basis und hat enge Verbindungen zu den Gewerkschaften, aber ihr Programm und ihre Führung sind absolut dem Kapitalismus verpflichtet. Lafontaine gab auf dem Cottbusser Parteitag linke Phrasen darüber von sich, in Liebknechts Fußstapfen zu treten. Grund für solche Rhetorik ist, dass die Basis beruhigt und potentielle linke Kritiker stillgehalten werden sollen, damit DIE LINKE in eine bessere Position kommt, um Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse einzudämmen und für die Bourgeoisie zu regieren. Gleichzeitig signalisiert die Toleranz für Christa Müllers rückständige Politik, dass DIE LINKE offen ist für rückständige Wähler und dass Bourgeoisie und Kirche beruhigt sein können.

Die Position von Müller ist nicht, wie manche Linke mei-



nen, reine „Spinnerei“ oder etwas völlig Fremdes in der Arbeiterbewegung, sondern solche Positionen haben eine Geschichte, die bis in die frühe Periode der Sozialdemokratie reicht. Zum Beispiel nahmen die antimarxistischen Anhänger von Lassalle 1867 die Position an:

„Die Beschäftigung der Frauen in den Werkstätten der großen Industrie ist einer der empörendsten Missstände unseres Zeitalters. Empörend, weil die materielle Lage der Arbeiterklasse dadurch nicht gehoben, sondern verschlechtert und die Arbeiterbevölkerung besonders durch die Vernichtung der Familie in einen elenden Zustand versetzt wird, in dem sie auch den letzten Rest von idealen Gütern verliert, den sie noch immer hatte“ (zitiert in Werner Thönnessen, *Frauenemanzipation – Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863–1933*).

Zur gleichen Zeit erhoben die Lassalleaner eine Forderung nach Lohn für Hausarbeit und riefen davon ausgehend die Männer zum **Streik** auf, um die Frauen aus der Industrie fernzuhalten, damit die Löhne der Männer aufrechterhalten werden könnten – in der Hoffnung, dass dies die Familie ökonomisch stärken und somit die Frauen ermuntern würde, zu heiraten statt arbeiten zu gehen. Ein Kennzeichen des Aufstiegs des versöhnlerischen rechten Flügels der SPD vor dem entscheidenden Verrat 1914 – als die SPD im Reichstag für die imperialistischen Kriegskredite stimmte – war dann später das Wiederkäuen dieses rückständigen, reaktionären Geredes über „Schutz der Mutterschaft“.

Es ist ein eingefleischter Charakterzug von Opportunismus, Reformismus und Sozialchauvinismus – alles traditionell gestützt auf die engen, zeitweiligen Interessen eines privilegierten Teils der Arbeiterklasse, hauptsächlich weiß und männlich –, die Forderungen und Interessen von besonders unterdrückten Schichten der arbeitenden Menschen zu verraten. Umgekehrt gilt, wie wir in den 70er-Jahren in *Kommunistische Korrespondenz* (KK, Vorläufer von *Spartakist*) schrieben:

„Es war kein Zufall, dass diejenigen, die wie Zetkin unentwegt für besondere, theoretisch anspruchsvolle, agitatorische und propagandistische Arbeit unter Frauen kämpften, zu den führenden Radikalen der SPD gehörten, die ihre revolutionäre Perspektive beständig gegen alle Formen der Beschränktheit und des Chauvinismus, angefangen beim Tradeunionismus, Parlamentarismus und Nationalismus bis hin zum männlichen Chauvinismus und Feminismus, verteidigten.“ („Ursprünge revolutionärer Arbeit unter Frauen in Deutschland“, KK Nr. 20, November 1977 [Teil 1]; KK Nr. 22, Juli 1978 [Teil 2])

Die Avantgarde des Proletariats muss gegen chauvinistische Vorurteile, bürgerliche Doppelmoral und sozialdemokratischen Reformismus kämpfen. Wir kämpfen darum, eine Partei aufzubauen, die als Volkstribun die Arbeiter und Arbeiterinnen an der Spitze aller Unterdrückten an die Macht führen kann. Friedrich Engels sagte voraus, wie die sozialistische Revolution die Basis legen wird für die Emanzipation der Frau:

„Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem, gesellschaftlichem Maßstab an der Produktion sich beteiligen kann und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maß in Anspruch nimmt...“

Mit dem Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum hört die Einzelfamilie auf, wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft zu sein. Die Privathaushaltung verwandelt sich in eine gesellschaftliche Industrie. Die Pflege und Erziehung der Kinder wird öffentliche Angelegenheit; die Gesellschaft sorgt für alle Kinder gleichmäßig, seien sie eheliche oder uneheliche.“ (*Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, 1884)

Clara Zetkin gründete *Die Gleichheit*, machte Emanzipation der Frau zur Sache der Arbeiterbewegung. Als Mitbegründerin der KPD setzte sie diese Arbeit mit der Zeitung *Die Kommunistin* fort. Zusammen mit Lenin prägte sie die Positionen der revolutionären Kommunistischen Internationale zur Frauenfrage



CLARA ZETKIN

LENINS VERMÄCHTNIS FÜR DIE FRAUEN DER WELT

Nach der Oktoberrevolution 1917 ging die Sowjetregierung unter Führung der Bolschewiki daran, in dem ersten Arbeiterstaat auf der Erde den Weg zu dieser Befreiung zu beschreiten. Angesichts der enormen materiellen Einschränkungen eines riesigen, unglaublich armen Landes, das durch mehrere imperialistische Armeen bedrängt wurde, konnte sie nicht mehr als einen Anfang machen, um diese Aufgabe zu erledigen, deren Erfolg entscheidend von der Ausbreitung der Revolution auf Europa und besonders Deutschland abhing. Aber trotzdem ging sie in dem Maße vor, wie es materiell möglich war, die Familienfunktionen zu ersetzen. Öffentliche Kindertagesstätten, Kantinen, Wäschereien wurden eingerichtet; es gab heiße Diskussionen in der ganzen Gesellschaft darüber, wie Kinder gefördert und unterrichtet werden, um sie in ein menschenwürdiges, reichhaltiges Leben hineinzuleiten, bis hin zu Debatten, welche Architektur für Kindergärten und Schulen und das Zusammenleben der Generationen besonders geeignet ist. (Siehe den Artikel „Russische Revolution und Emanzipation der Frauen“ in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 25, Frühjahr 2006, für eine ausführliche Darstellung.) Unter den ersten Gesetzen der jungen Sowjetmacht gab es viele, die die Lage der Frauen qualitativ verbesserten, so für das Recht auf Abtreibung in staatlichen Kliniken, die Entheiligung der Ehe, das Ende von staatlicher Einmischung in das Sexualleben und andere Privatangelegenheiten. Dies ist unsere stolze Tradition, die wir heute fortsetzen im Kampf für neue Oktoberrevolutionen weltweit, um den Weg für Frauenbefreiung und die Befreiung der ganzen Menschheit zu ebneten.■



Spartacist

(deutsche Ausgabe)

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Nr. 26, Frühjahr 2008

Nr. 25, Frühjahr 2006

jeweils € 1,50

(aktuelle Ausgabe im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01

SPARTAKIST

Konterrevolution in DDR – Niederlage für Frauen

DIE LINKE, von der Leyen und die „heilige Familie“



Spartakist

Berlin, 14. Juli: Kontingent von Kita-Beschäftigten bei Warnstreik im öffentlichen Dienst gegen kapitalistischen SPD/LINKE-Senat

Seit Jahren gibt es hitzige Debatten über Kindertagesstätten und Kindererziehung. Der Hintergrund dazu ist, dass sich die Bourgeoisien in Deutschland und Teilen Europas mit

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

einer demografischen „Krise“ konfrontiert sehen: eine niedrige Geburtenrate und eine Überalterung der Bevölkerung. Die sozialen Bedingungen für Frauen, Mütter und insbesondere Alleinerziehende sind in Deutschland mit am brutalsten, was Industriestaaten angeht – vom Lohngefälle zwischen Männern und Frauen (24 Prozent, eins der höchsten in der EU), höherem Armutsrisiko bis zur beruflichen Diskriminierung und fehlender Kinderbetreuung. Das vernichtende Urteil eines Professors für Familienforschung an der Berliner Humboldt-Universität lautete: „Und noch immer

wird das Leben der Kinder bis zum Alter von etwa 14 Jahren so organisiert, wie in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Bis zum sechsten Lebensjahr liegt die Verantwortung für die Erziehung allein bei den Eltern – vor allem bei der Mutter. Und bis zum 14. Lebensjahr ist die Vormittagsschule in Deutschland die Regel“ (*Die Welt*, 16. Februar 2007). Ein Ergebnis ist, dass Frauen, vor die Wahl zwischen Beruf oder Kind gestellt, zunehmend auf Kinder verzichten. Die kapitalistischen Herrscher und ihre Große Koalition aus CDU und SPD befürchten, dass sie in Zukunft nicht genügend gut ausgebildete Fachkräfte für ihre industriellen und militärischen Weltmachtbestrebungen haben werden.

Seit Jahren geht die Hetze gegen Kitas, Frauen und Mütter, die arbeiten gehen, und gegen alles, was gegen das reaktionäre christliche Modell von „Kinder, Küche, Kirche“ verstößt, einher mit antikommunistischen Kampagnen gegen die DDR. Die Bourgeoisie unterließ nichts, um das DDR-Kinder-

betreuungssystem, Abtreibungsrechte und andere Errungenschaften, die aus der Zerschlagung der Herrschaft der Bourgeoisie in diesem „gottlosen“ deformierten Arbeiterstaat erfolgten, zu verteufeln. Und so erntete auch die CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen heftige Schmähung aus der eigenen Partei und aus kirchlichen Kreisen, ja wurde sogar angegriffen, die Kindererziehung der DDR als Vorbild zu nehmen, als sie ankündigte, für 30 Prozent der Kleinkinder im Westen Kitaplätze schaffen zu wollen (was eine *Verdreifachung* des jetzigen Angebots wäre und immer noch ein Tropfen auf den heißen Stein).

Ein wuchtiger Angriff gegen von der Leyen *von rechts* kam auch von Christa Müller, familienpolitische Sprecherin der LINKEN im Saarland und Ehefrau Oskar Lafontaines. Ihre reaktionären „Thesen“ zur Kindererziehung lösten in weiten Teilen ihrer Partei, vor allem bei Frauen im Osten Deutschlands, heftige Empörung aus. Müller hatte ausdrücklich dem katholischen Bischof Mixa zugestimmt, der posaunte, wenn man Frauen dazu ermutige, die Kinder kurz

Fortgesetzt auf Seite 22

Für kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr!